

**Einwohnerratssitzung 2011/2012  
Protokoll Nr. 10**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 28. Juni 2012**  
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 17:30 Uhr  
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

---

Protokoll	Yvonne Rösli	
Direktwahl	041 329 63 09	28. Juni 2012

---

<b>Anwesend</b>	Präsidentin	Dalla Bona Johanna
	Einwohnerrat	34 Mitglieder
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Solari Guido
	Protokoll	Burkhart Petra Rösli Yvonne
<b>Entschuldigt</b>		Tschümperlin Erich

## Traktanden

- |     |   |            |           |
|-----|---|------------|-----------|
| 1.  | <u>Mitteilungen</u>   |            | Seite 354 |
| 2.  | <u>Protokoll Nr. 8</u> vom 3. Mai 2012  |            | Seite 354 |
| 3.  | <u>Bericht zu den Postulaten</u> : Verkehrsqualität Kantonsstrasse K4 Kriens, Zentrum bis Einmündung Hergiswaldstrasse (2. Bericht) |            | Seite 355 |
|     | - <u>Postulat Lammer</u> : Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Strassen- und Verkehrsplanung                             | Nr. 226/11 |           |
|     | - <u>Postulat Koch</u> : Beschleunigung des Verkehrsflusses im Kupferhammer   | Nr. 229/11 |           |
|     | - <u>Postulat Hahn</u> : Verbesserung des Verkehrsflusses in den Stosszeiten im Dorfzentrum   | Nr. 233/11 |           |
|     | - <u>Postulat Tanner</u> : Busspur im Zentrum Hofmatt-Linde   | Nr. 238/11 |           |
| 4.  | <u>Bericht</u> : Änderung Geschäftsordnung des Gemeinderates  | Nr. 310/12 | Seite 361 |
| 4.1 | <u>Dringliches Postulat Camenisch</u> : Unterbringen von Asylant/innen in Kriens<br><i>Begründung</i>                               | Nr. 315/12 | Seite 361 |
| 5.  | <u>Interpellation Tanner</u> : Sozialhilfe für Flüchtlinge in Kriens<br><i>Beantwortung</i>   | Nr. 271/11 | Seite 364 |
| 6.  | <u>Postulat Kalt</u> : Moratorium für Antennen<br><i>Begründung zurückgezogen</i>   | Nr. 305/12 | Seite 368 |
| 7.  | <u>Motion Frey</u> : Einführung der Kaskadenregelung im BZR für die Bewilligung von Antennen<br><i>Begründung</i>                   | Nr. 306/12 | Seite 368 |
| 8.  | <u>Motion Frey</u> : Äufnung eines Fonds für eine zukunftsgerichtete öV-Anbindung von Kriens<br><i>Begründung</i>                   | Nr. 307/12 | Seite 367 |
| 9.  | <u>Postulat Lammer</u> : Parkplatzsituation Krauerhalle<br><i>Begründung</i>  | Nr. 308/12 | Seite 373 |
| 10. | <u>Motion Tschümperlin</u> : Mehrwertabschöpfung in der Gemeinde Kriens<br><i>Begründung</i>  | Nr. 309/12 | Seite 375 |
| 11. | <u>Fragestunde</u><br>(max. 30min.) <i>abtraktandiert</i>   |            | Seite 380 |
| 12. | <u>Verabschiedungen</u>   |            | Seite 380 |
|     | - Mitglieder des Einwohnerrates   |            |           |
|     | - Gemeindepräsidentin Helene Meyer-Jenni  |            |           |

13. Abschiedsrede und Verabschiedung der abtretenden  
Einwohnerratspräsidentin Johanna Dalla Bona

Seite 384

## Neueingänge

- Nr. 311/12 Interpellation Kalt: Arbeitsintegrationsprojekte  
*Eingang: 04.06.2012*
- Nr. 312/12 Motion Kalt: Moratorium für Antennen  
*Eingang: 04.06.2012*
- Nr. 313/12 Postulat Graf: Erhöhung des Eintrittspreises für die neue Badi und Vergünstigung der Eintrittspreise für Einheimische  
*Eingang: 05.06.2012*
- Nr. 314/12 Interpellation Portmann: Gemeindeinitiative Sonnenberg für alle  
*Eingang: 06.06.2012*
- Nr. 315/12 Dringliches Postulat Camenisch: Unterbringen von Asylant/innen in Kriens  
*Eingang: 13.06.2012*

Johanna Dalla Bona begrüsst alle Anwesenden zur heutigen letzten Sitzung dieser Legislaturperiode. Für die Presse schreibt heute Stefan Roschi, stellvertretend für Luca Wolf.

Erich Tschümperlin befindet sich immer noch auf seiner Reise und hat sich entschuldigt. Michael Günter wird später erscheinen. Die Pause ist von 15:30 Uhr bis 15:50 Uhr vorgesehen. Schluss der Sitzung ist spätestens um 17:30 Uhr. Anschliessend an die Sitzung findet das Abschlussessen gemäss separater Einladung statt.

### ***Änderung Traktandenliste:***

Das Postulat Kalt: Moratorium für Antennen (Nr. 305/12) wurde zurückgezogen, somit entfällt das Traktandum 6. Die neu eingereichte Motion von Mirjam Kalt kann erst am 27. September 2012 traktandiert werden, da der Vorstoss nach der Geschäftsleitungssitzung eingereicht wurde.

Weiter stellt die Sprecherin fest, dass Rätö Camenisch ein dringliches Postulat eingereicht hat. Sie bittet den Postulanten, die Dringlichkeit zu begründen.

### ***Dringliches Postulat Camenisch: Unterbringen von Asylant/innen in Kriens (Nr. 315/12)***

Rätö Camenisch erwähnt, dass dieses Thema bereits in der letzten Fragestunde im Einwohnerrat angesprochen wurde. Dazu sind noch viele Fragen offen. Der Einwohnerrat muss nun dem Gemeinderat den Auftrag erteilen, diese Fragen abzuklären und zu beantworten. Die SVP

will nicht, dass Kriens zu einem "Abschiebeort" wird. Er bittet den Rat, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Brahim Aakti, namens der SP-Fraktion, opponiert der Dringlichkeit. Inhaltlich hat sie Verständnis für das Postulat, obwohl ihnen nicht klar ist, ob es sich formell um ein Postulat oder eine Interpellation handelt. Wenn der vorliegende Vorstoss erst in der nächsten Sitzung behandelt würde, so hätte das auf den Inhalt keine Konsequenzen, er würde nicht gegenstandslos. Der Sachverhalt ist nach Meinung der SP nicht von aussergewöhnlichem, politischen Gewicht.

Für Monika Marbacher ist die Dringlichkeit gegeben. Die Unterbringung von Asylsuchenden beim Grosshofareal schürt bei der Bevölkerung Ängste, die man unbedingt ernst nehmen soll. Um Bedingungen zur Unterbringung der Asylsuchenden beim Kanton auszuhandeln, braucht es jetzt Antworten und nicht morgen oder übermorgen.

Mirjam Kalt, namens der Grünen, ist auch für die Dringlichkeit. Es ist ein Thema, welches der Bevölkerung unter den Nägel brennt und darum dringend behandelt werden muss.

Auch die FDP wird gemäss Thomas Lammer der Dringlichkeit zustimmen. Die Frage muss auf den Tisch und sobald als möglich beantwortet werden.

***Abstimmung über die Dringlichkeit von Postulat Camenisch: Unterbringen von Asylant/innen in Kriens (Nr. 315/12)***

Mit 26:5 Stimmen wird der Dringlichkeit des Postulats zugestimmt.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Erni, Roger	Enthaltung
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	n.t.
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja

Nyfeler, Nicole	nein
Otte, Michael	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	n.t.
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Johanna Dalla Bona schlägt vor, den Vorstoss unter Traktandum 4a zu behandeln. Dagegen wird nicht opponiert.

## 1. Mitteilungen

Johanna Dalla Bona hat keine Mitteilungen.

Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Ebenfalls wurde das neue Leitbild der Musikschule Kriens sowie der Jahresbericht des Bibliotheksverbandes verteilt.

Martin Heini informiert, dass Johanna Dalla Bona anlässlich des Einwohnerratsausfluges sämtliche Kosten, welche nicht vom Gemeindebeitrag gedeckt wurden, übernommen hat. Darunter fallen Kaffee und Gipfeli, Apéro in der Weinhandlung, Spende an die Stiftung Lebenshilfe, diverse Geschenke sowie die Getränke, welche im Car konsumiert wurden. Üblicherweise werden diese Kosten den Teilnehmenden zu gleichen Teilen vom Sitzungsgeld abgezogen. Für diese Grosszügigkeit dankt der Sprecher Johanna Dalla Bona im Namen des Einwohnerrates ganz herzlich und überreicht ihr Blumen. Der Einwohnerrat schliesst sich dem Dank mit einem tosenden Applaus an.

Johanna Dalla Bona bedankt sich recht herzlich. Sie hat sich über die gute Stimmung am Ausflugstag sehr gefreut und daher den Restbetrag gerne übernommen.

Aus dem Gemeinderat gibt es keine Mitteilungen.

## 2. Protokoll Nr. 8 vom 3. Mai 2012

Zum Protokoll Nr. 8 vom 3. Mai 2012 sind keine Änderungsanträge eingereicht worden. Das Protokoll gilt somit als genehmigt und wird den Protokollführerinnen verdankt.

### 3. Bericht zu den Postulaten: Verkehrsqualität Kantonsstrasse K4 Kriens, Zentrum bis Einmündung Hergiswaldstrasse (2. Bericht)

- - Postulat Lammer: Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Strassen- und Verkehrsplanung Nr. 226/11
- - Postulat Koch: Beschleunigung des Verkehrsflusses im Kupferhammer Nr. 229/11
- - Postulat Hahn: Verbesserung des Verkehrsflusses in den Stosszeiten im Dorfzentrum Nr. 233/11
- - Postulat Tanner: Busspur im Zentrum Hofmatt-Linde Nr. 238/11

Johanna Dalla Bona teilt mit, dass die vier Postulate als Gesamtpaket in einem Bericht behandelt werden. Selbstverständlich können bei den Fraktionsvoten mehrere Personen der gleichen Fraktion sprechen, falls einzeln zu den Vorstössen Stellung genommen wird. Nachdem weder die Postulanten noch der Gemeinderat Ergänzungen zum Bericht haben, liegt das Wort nun bei den Kommissionen.

Martin Heiz erwähnt, dass die BK diesen Bericht sehr intensiv diskutiert hat. In der BK wird immer wieder festgestellt, dass man bei Bauprojekten da und dort Rücksicht auf das Projekt K4 nehmen muss. Aber bis jetzt hat man noch keinen gültigen Bauplan gesehen. Das heisst auch der Gemeinderat weiss noch nicht genau, wie sich dieses Projekt zum heutigen Tag präsentiert. Auch der Gemeinderat erfährt erst immer wieder bei Bauprojekten von der Absicht des Kantons. Der Gemeinderat konnte bis jetzt nur zur Abzweigung Hergiswaldstrasse Stellung nehmen. Nach Aussagen des Gemeinderates soll der Verkehrsfluss durch Pfortnerung der Zufahrtsstrassen optimiert werden. Ebenfalls plant der Kanton eine Busspur im Bereich Bellpark, was so im Richtplan nicht vorgesehen ist. Die ganze Situation ist für Kriens absolut unbefriedigend. Eine Simulation wurde am 16. Dezember 2009 in der BK vorgestellt. Diese war sehr beeindruckend, aber noch nicht in allen Teilen optimiert. Die BK hat nun Vertreter des Kantons zu ihrer Sitzung vom 18. September 2012 eingeladen, damit das Projekt gemäss dem heutigen Stand vorgestellt werden kann. Man erwartet an dieser Sitzung vom Kanton einen aktuellen gültigen Plan über die ganze Situation und eine aktuelle Simulation, welche auf dem neusten Stand ist.

Es wurde bemängelt, dass der Kanton nur bis 2020 plant. Es wird erwartet, dass der Kanton sich auch um eine langfristige Lösung der Verkehrsprobleme in Kriens kümmern sollte. Vor allem im Hinblick auf den 190 Millionen Franken Kredit für den Seetalplatz, so müsste auch für Kriens eine Vision erarbeitet werden können. Man hat auch festgestellt, dass auf der Höhe der Andritz Hydro AG respektive des Feuerwehrlokales sich der Verkehr jeden Morgen zum Teil bis zum Denner hinauf staut. Nach diesem Nadelöhr geht der Verkehr sehr flüssig bis zum Kupferhammer. Deshalb wurden auch Stimmen laut, die die Überarbeitung der Zentrumsplanung fordern. Auch ist man der Meinung, dass man die Lichtsignalanlage auf der Höhe Andritz Hydro AG unbedingt kurzfristig optimieren muss, damit der Verkehrsfluss dort nicht dermassen stockt. Es wurde auch die Meinung geäussert, dass eine Umfahrung mit Nebenrouten unbedingt geprüft werden soll. Man findet in diesem Bericht wohl Antworten, es sind aber keine Handlungen erkennbar. Es wurde auch gefragt, wie man sich die gemeinderätliche Begleitkommission für die Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzeptes vorstellt. Dies wird zu Beginn der neuen Legislatur angegangen.

Gemäss Martin Heini hat die USK den Bericht zu den vier Postulaten studiert und diskutiert. Sie kann die Forderungen sehr gut nachvollziehen. Die Verkehrsproblematik besteht nach wie vor und wird sich in den nächsten Jahren verstärken. Es ist keine Lösung in Sicht und es gibt keine Rezeptur, die allen genehm ist. Kriens bräuchte einen "Kratten" voller umsetzbaren Ideen und einen Goldesel dazu. Es sind aktuell viele Einflussfaktoren vorhanden, welche den Verkehr beeinflussen: Cityring-Sanierung, K4-Sanierung, AggloMobil Due (Projekt öV), Tiefbahnhof, Zentrumsverwirklichung, später auch Seetalplatz und Bypass. Nicht zu vergessen ist, dass im Aufgabenplan Zielrichtungen stehen, woran gearbeitet werden muss. Ein Alleingang von Kriens löst jedoch die Probleme nicht. Dies ist nur in Zusammenarbeit mit dem Kanton möglich.

Der Bericht zeigt auf, dass die Untersuchungen und Bestrebungen vernetzt laufen. Es besteht eine Koordination zwischen Gremien und Projekte. Im Kupferhammer werden Vorkehrungen für eine künftige Busspur auf den heutigen Gleisen getroffen. Die mit dem Projekt K4 geplante Dosierung bringt eine Verflüssigung des Verkehrs im Zentrum. Und betreffend Busspur im Zentrum müssen Möglichkeiten eruiert werden - Mittelstreifen versus Busspuren bzw. Dosierung und Zentrumsverwirklichung.

Alles schreit nach einem Gesamtverkehrskonzept. Dessen Umsetzung stockt seit Jahren, obwohl eine Behördenverbindlichkeit besteht. Der politische Wille jedoch war in den letzten Jahren nicht da. Selbst in USK war ein politischer Konsens schwer zu finden. Die Kommissionsmitglieder verstrickten sich schnell in Detail- und Grundsatzdiskussionen. Alle haben ein gemeinsames Bild, eine Vision – man will ein verkehrsberuhigtes Kriens. Der Weg dazu ist jedoch voller Rotlicht, Staus, Umwege, Kreisel und Sackgassen. Die Hoffnung ruht auf gleichwohl kreative wie bodenbehaftete und ausgewogene Fachkommissionen.

Die USK setzt nicht auf langfristig wirkende Visionsverwirklichungen, weil bisher noch keine Vision einen "AHA-Effekt" auslöste. Sie setzt aber auf AggloMobil Due, das Projekt K4 und die Zentrumsverwirklichung, so wie auch die Revision des Verkehrskonzeptes. Dazu muss aber der Einwohnerrat Finanzen und Ressourcen bewilligen. Die USK hofft, dass sich in der nächsten Budgetdebatte etwas bewegt. Gründe zum Nichtabschreiben wurden keine postuliert. Die USK nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

Patrick Koch informiert, dass die SVP für gesamtheitliche Lösungen in der Verkehrsfrage steht. Einzelne Verkehrsteilnehmer sollen nicht gegeneinander ausgespielt resp. diskriminiert werden. Doch genau dies geschieht mit den geplanten Verkehrsberuhigungsmassnahmen auf der K4. Mit der in der 1. Etappe geplanten Lichtsignalanlage für den Knoten Obernauer- / Hergiswald- / Rengglochstrasse wird der Verkehr vom Renggloch kommend dosiert, d.h. aufgehalten. Die SVP will keine kilometerlangen Staus vom Renggloch bis zum Obernau. Aussagen wie *"... mit der Förderung des öV bei den Lichtsignalanlagen kann der allgemeine Verkehrsfluss auf der Hauptachse verbessert werden.."*, sind Augenwischerei. Die SVP versteht nicht, warum bei diesem Knoten auf einen Kreisel verzichtet werden soll. Es ist genügend Platz für einen Kreisel vorhanden. Mit dem Abriss des renovationsbedürftigen "Stampfeli" können weitere Verkehrsflächen geschaffen werden. Mit einer separaten Einspurstrecke können die Busse den Kreisel umfahren. Wo ein Wille, da ein Weg. Die SVP ist der Meinung, dass sich der Gemeinderat beim Kanton viel zu wenig für einen Kreisel an dieser Stelle einsetzt. Man erhält den Eindruck, dass es in erster Linie darum geht, den Individualverkehr zu dosieren und nicht den Verkehrsfluss zu erhöhen. Der Sprecher erwartet von einem bürgerlichen Gemeinderat, dass er sich für alle Verkehrsteilnehmer einsetzt und z.B. nicht das Krienser Gewerbe vergrämt. Selbstentlarvend ist die Stellungnahme des Gemeinderates auf ein Postu-

lat von Alex Wili mit dem Titel "Löschung Schappeareal aus dem Denkmalsschutzverzeichnis". In dieser stützt sich dieser auf eine Aussage der kantonalen Dienststelle vif ab und schreibt u.a., "*... dass die engen Radian der Kantonsstrasse zwischen Schappe Süd und Dorfplatz zudem eine verkehrsberuhigende Wirkung haben*". Es ist ja schön, wenn die Idee der SVP aufgenommen wird, um auf dem ehemaligen KLB-Geleise eine Busspur zu realisieren. Im Kupferhammer wäre es dann möglich, einen Kreisell zu erstellen und so den Verkehr zu verflüssigen. Doch anstatt für den Individual- wie auch für den öV eine Win-Win Situation zu schaffen und sich beim Kanton für solche Projekte einzusetzen, ist in der Beantwortung die Rede von Busbevorzugung im Kupferhammer und „intelligenten Verkehrssteuerungen“. Die SVP versteht definitiv etwas anderes unter Verkehrsqualität. Sie bekommt den Eindruck, dass die aufgegleisten Massnahmen in erster Linie auf die systematische Behinderung des MIV abzielen. Fakt ist, dass der öV alleine das Bevölkerungswachstum nicht schlucken kann. Die vor wenigen Jahren vom Ortsmarketing-Verein Lust auf Kriens in Auftrag gegebene repräsentative Meinungsumfrage mit insgesamt 401 durchgeführten Interviews mit stimmberechtigten Kriensern bestätigt diese Annahme und bringt Interessantes zu Tage. So beurteilen die Befragten die Verkehrssituation für die Autofahrer schlechter als für jene des öV. Für die SVP ist es sehr wichtig, dass die Krienser Nebenverkehrsachsen in die Lösung des Krienser Verkehrsproblems miteinbezogen werden. Die links-grüne Idee, die Autos von der Schachen- / Amlehnstrasse wegzusperren, führt zurück ins Postkutschenzeitalter. Man muss die Nebenachsen stärken, nicht schwächen. Die SVP Kriens wird in einer ausgewogenen, gemeinderätlichen Begleitkommission Einsitz nehmen, damit das zu erarbeitende Gesamtverkehrskonzept seinem Namen auch wirklich gerecht wird. Die SVP Kriens erklärt das Thema Verkehr in der nächsten Legislaturperiode zu einem ihrer Kernthemen. Dabei wird sie ihr eigenes Thesenpapier erarbeiten und die Bevölkerung über ihre Ideen zur Lösung der Verkehrsproblematik informieren.

Laut Viktor Bienz nimmt die CVP/JCVP-Fraktion positiv zur Kenntnis, dass man den Verkehrsfluss durch Kriens optimieren will. Die geplanten Massnahmen sind grössten Teils bekannt, obwohl das neue Projekt nicht bis Anfang 2012, wie angekündigt, vorgestellt wurde. Die Zukunft wird es zeigen, ob die Bevölkerung zufriedener ist, wenn sie in den Seitenstrassen warten muss - dank Pfortnerung oder wie heute auf der Luzerner und Obernauerstrasse.

Für die CVP/JCVP-Fraktion ist dieser Bericht nicht abschliessend. Sie möchte gerne wissen, was nach dem Jahr 2020 ist. Man liest im Bericht, dass Kriens bis zu diesem Zeithorizont wieder im gleichen Dilemma stecken wird. Die Massnahmen sind alle von kurzfristiger Natur. Kriens braucht aber für den Verkehr langfristige Lösungen. Kriens braucht für sein Zentrum verkehrsarme langfristige Lösungen, um dieses aufzuwerten. Weiter braucht es eine Lösung, wie man von Luzern eingangs Kriens ins Oberdorf oder Obernau kommt, ohne durch das ganze Zentrum fahren zu müssen. Möglicherweise einen Tunnel. Es nützt nichts, neidisch auf die Nachbargemeinde Horw zu schauen. Die Gemeinde als Ganzes ist gefordert, gemeinsam über alle Parteien mit der ganzen Bevölkerung aus einem Sprachrohr gegenüber Kanton und Bund Forderungen zu stellen und auf Lösungen und Visionen zu beharren. Die CVP/JCVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat bereits heute für die Energie, die er aufbringt, um die visionären Anliegen zu verwirklichen.

Thomas Lammer dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Ein Grossteil davon befasst sich mit dem Projekt K4. Dieses soll auf der chronisch verstopften Strecke vom Zentrum bis zur Hergiswaldstrasse die nötige Entlastung bringen. In der BK wurden die geplanten Massnahmen bereits erläutert und mittels Simulation auch visuell dargestellt. Persönlich ist der Postulant der Meinung, dass die vorgesehenen Massnahmen eine Entlastung bringen. Es

ist aber nicht der langfristige Wurf, welcher die Verkehrsprobleme von Kriens löst, wird diese aber für einige Zeit etwas aus dem Fokus nehmen. Es wäre nun sehr gut, wenn der gesamte Rat diese Simulation einmal sehen und sich damit ein genaueres Bild machen könnte. So würden diverse Unklarheiten beseitigt werden.

Zum Zeitpunkt der Einreichung des Vorstosses von Thomas Lammer hat sich der Gemeindeverband Luzern Plus noch nicht mit Verkehrsfragen beschäftigt. Erst heute befasst er sich mit den im Postulat gestellten Anforderungen, nämlich einer gemeindeübergreifenden Planung für alle Verkehrsträger. Die Gemeinde Kriens ist in diesem Verband durch Matthias Senn im Vorstand vertreten. Kriens kann also direkt Einfluss nehmen. Insofern ist Thomas Lammer mit dem Bericht vorerst zufrieden und bedankt sich. Zu den weiteren Postulaten wird sein Kollege Alex Hahn Stellung nehmen.

Alex Hahn schliesst sich der Meinung von Thomas Lammer an. Die Bauarbeiten am Cityring haben die Bauarbeiten in Kriens gebremst. Zudem haben viel zu viele Kommissionen und Verbände diesbezüglich etwas zu sagen. Es wurden viele Kompromisse gemacht, welche nicht im Sinne der FDP sind. Darum schlägt der Sprecher vor, eine Überwachungskommission zu gründen. Er hat bereits einmal einen Vorschlag betreffend Dosierstation gemacht. Es geht darum, dass der Verkehr mit öV und Individualverkehr fließen muss. Darum ist ein Zusammenspannen notwendig. Es ist wichtig, auch ein Mal etwas zu wagen. In diesem Sinne kann der Postulant den Bericht befürworten.

Gemäss Mario Urfer beginnen die Bauarbeiten zur Förderung des öVs und Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Krienser Hauptverkehrsachse wegen des Strassenprojekts Cityring nicht vor 2013 - mit dem Zeithorizont bis 2020. Das vif hat aber noch keine Planungsaktivitäten aufgenommen. Massnahmen zur Planung und Teilrealisierung sind noch offen. Dies, obwohl das Strassenprojekt anfangs 2012 der Gemeinde vorgestellt hätte werden sollen. Das Projekt aus dem Topf A des Kantonstrassenprogramms, dass mehr Sicherheit, Linksabzweigerspuren, Buspriorisierung, Fahrplansicherheit für den öV und Erstellen von Radverkehrsanlagen bringen soll, steht anscheinend nicht zuoberst in der Kantonsagenda. Häppchenweise zeigt der Kanton bei Gestaltungsplänen seine Planungsvorstellungen. Natürlich, topografisch bedingt, ist und bleibt Kriens für die Agglomeration somit auch für den Kanton in Sachen Verkehr ein Nebenast, ein Wurmfortsatz ohne S-Bahnanschluss und weiterführende Linien. Gerade deshalb muss Kriens sich immer wieder in den Verkehrsverbänden neues Gehör verschaffen. Trotz der Abhängigkeit vom Kanton ist die SP der Meinung, dass auch die Gemeinde Kriens ihre Hausaufgaben machen muss. Das vif plant den Abschnitt Zentrum erst, wenn die Realisierung des Teilprojekts Zentrum gesichert ist. Wenn diesbezüglich nichts vorwärts geht, kann man noch lange auf eine Verbesserung warten.

Zudem forderte die SP schon vor 4 Jahren mit dem Vorstoss von Joe Brunner, dass eine Revision von Zonenrichtpläne nur mit angepasstem Verkehrrichtplan vorzunehmen ist. Der Gemeinderat hat im Mai 2011 informiert, dass er ein Gesamtverkehrskonzept erarbeiten lassen will, die Grundlage für eine Neubearbeitung des Gesamtverkehrrichtplanes. Für eine nachhaltige Lösungsfindung ist diese zwingend und dringend. Die SP würdigt, dass der Gemeinderat bei der Stellungnahme zum Projekt K4 eine gesamtheitliche Betrachtung der Hauptachsenproblematik und eine EDV-Verkehrssimulation verlangt. Die Verkehrssimulation zeigte die Problematik von den Einfallstrassen in die Hauptachse. Diese ist, wenn möglich, im neuen Einwohnerrat durch Fachleute des Kantons nochmals zu erklären und aufzuzeigen. Mit den heutigen Verkehrs-Vorstössen will man den unhaltbaren Ist-Zustand auf der Hauptachse ab-

wenden. Drei der vier Vorstösse fokussieren aber nur bestimmte Teilabschnitte - möglicherweise können diese optimiert werden - lösen aber nicht das Verkehrsproblem auf der ganzen Achse. Nicht der Durchgangsverkehr von Gemeindegrenze zu Gemeindegrenze ist das Problem. Zahlen vom durchschnittlichen täglichen Verkehr zeigen dies auf. Der hausgemachte Siedlungsverkehr ist das Problem. Wenn man den Zeithorizont vom Kanton bis 2020 für die Verbesserung der Verkehrsqualität als kurzfristig nennen mag, so darf man mittelfristig wohl eine Verbesserung für den motorisierte Individualverkehr und öV erhalten. Die Herausforderung Verkehr wird aber langfristig bleiben. Langfristig werden wohl die neuen Massnahmen wieder im Stau versinken. Prognosen des Zuwachs haben sich leider immer bestätigt und die benennt man bis 2030 auf 15 % - 20 % und Kriens wird mit dem Siedlungswachstum 28'000 - 29'000 Einwohner haben. Also wird die angestrebte Verkehrsqualität sich nur zehn Jahre halten können. Für die SP heisst das, dass die Siedlungs- und Gesamtverkehrsplanung zusammen gehören wie das Huhn und das Ei. Ohne das Eine funktioniert das Andere nicht. Die SP will eine weitsichtige Verkehrspolitik. Mittelfristig wird das Projekt AggloMobil Due eine bessere Verkehrsqualität bringen. Aber wenn die Politik nur bis 2030 denkt, ist sie mit der Verkehrsproblemlösung der Zukunft bald zu spät.

Maurus Frey stellt fest, dass der Einwohnerrat im August 2010 den ersten Bericht zur Verkehrsqualität zum Thema Strassenverkehr zur Kenntnis nehmen durfte. Der heute zu behandelnde Bericht baut auf den gleichen verkehrspolitischen Voraussetzungen wie bereits zu Beginn dieser Legislatur auf und klammert sich auch an die selben Hoffnungen wie damals. Wieder wird auf den hoffentlich baldigen Ausbau der Kantonsstrasse durch den Kanton verwiesen. Es wird auch gehofft, dass dieser Ausbau die Verkehrsprobleme für Kriens mindestens mittelfristig lösen soll. Hoffentlich hat der Kanton überhaupt noch Geld für Strassen nachdem er Fr. 190 Mio. in den Seetalplatz investiert. Ein Blick ins kantonale Strassenbauprogramm zeigt auch ein Überhang an Projekten gegenüber den budgetierten Geldern für 2013 und 2014 von je rund Fr. 17 Mio. 2015 sind es sogar Fr. 32 Mio. Was bleibt, ist die Hoffnung, dass wenigstens die Massnahmen, welche realisiert werden, Probleme lösen. Dies, nachdem die Behörde jetzt eine ganze Legislatur lang keine Verbesserungen für die Verkehrssituation in Kriens erreichen konnten. Das Einzige, was in den letzten vier Jahren geschafft wurde, war die Korrektur einer falsch geplanten und gebauten Kurve im Kupferhammer. Der Einwohnerrat darf sich keine weitere Legislatur auf das Hoffen beschränken. Der Hoffnungsträger Kantonsstrasse bringt nämlich längerfristig keine Verbesserung für Kriens. Im Gegenteil: 2010 zählte die K4 beim Grosshof 400 durchschnittliche Tagesfahrten, mehr als 2009. 2011 waren es 800 Fahrten pro Tag mehr. Wenn der Sprecher diese Verkehrszahlen auf der Strasse betrachtet, denkt er an Sisyphus den Strassenbauer.

Das Ziel sollte es doch sein, durch einen attraktiven öffentlichen und sichern Langsamverkehr die Zunahme des motorisierten Strassenverkehrs zu bremsen. Damit sollte sich doch auch die bürgerliche Auto-Fraktion einverstanden erklären können. Die Vorstösse, welche im Bericht behandelt werden, fordern etwas grob zusammengefasst:

- Verbesserung der Zusammenarbeit in der Verkehrsplanung
- Busspur auf dem KLB-Trasse im Kupferhammer
- Verbesserung Verkehrsfluss mit Pförtneranlage
- Busspur im Zentrum

Auf alles hat der Gemeinderat eine Antwort mit zwei Buchstaben: K4. Kriens braucht mehr als K4. Kriens braucht eine Verkehrsplanung, die diesen Namen verdient. Der Einwohnerrat muss

sich bemühen, dass er in den nächsten vier Jahren mehr als die Begradigung einer Kurve erreicht.

Toni Bründler findet es schön, dass die CVP/JCVP-Fraktion einen Tunnel durch Kriens möchte. Die SVP hat diesbezüglich bereits zwei Vorstösse lanciert, welche jedoch keine Unterstützung von der CVP und den linken Parteien bekamen. Man muss an diesen Visionen festhalten. Der Sprecher hofft für die nächste Legislatur, dass man bessere Kompromisse findet.

Räto Camenisch ist der Meinung, dass man betreffend Verkehr sachpolitisch sein muss. Es ist klar, dass das Zentrum zwischen der einzigen Verkehrsachse ein Hindernis darstellt. Kriens muss beim Kanton endlich entsprechende Forderungen stellen. Schliesslich kann der Seetalplatz in Emmenbrücke auch saniert werden und auch für den Schwanderholzstutz wurde Geld gesprochen. Es müssen nun richtige Lösungen gesucht werden. Es wird nämlich nicht nur immer mehr gebaut, sondern auch der Verkehr nimmt zu. Der vorliegende Bericht ist ein ganz kleiner Anfang. Es muss dringendst beim Kanton angeklopft werden.

Daniel Piazza begrüsst es, dass sachliche Lösungen gefunden werden müssen. Es ist wichtig, dass man sich nur auf das Zentrum versteift, sondern auch die Quartiere in die Verkehrsplanung einbezieht. Die Idee eines Tunnels soll pending behalten werden, da dies zurzeit aus finanzieller Sicht nicht möglich ist. Der Sprecher wünscht, dass der Gemeinderat für die Zukunft über die Gemeindegrenzen hinaus die Probleme besser aufzeigt.

Matthias Senn bedankt sich für die engagierte Diskussion. Es zeigt, dass diesbezüglich weitere Informationen wichtig sind. Man hat viel Verständnis für die Massnahmen. Für den Gemeinderat ist es wichtig, dass er, sobald die Projekte vorhanden sind, das Parlament informiert. Die Gemeinde Kriens kommt heute nicht mehr so schlecht weg, wie vor ein paar Jahren. Die Massnahmen bringen eine Verbesserung. Der Sprecher hofft, dass in vier Jahren die Hauptverkehrsachsenproblematik kein grosses Wahlthema sein wird. Seit 2005 vom Kupferhammer bis Hofmatt eine Sanierung vorgenommen wurde, hat sich der Verkehr sicher verbessert. Die Busbevorzugung auf der Obernauerstrasse ist nur möglich, wenn der Knoten Obernauer-, Hergiswald-, Rengglochstrasse mit einer Lichtsignalanlage umgebaut wird, mit einem Kreislauf ist dies nicht möglich. Heutzutage verfügt man auch über intelligentere Verkehrssteuerungen als vor 30 Jahren. Der Abschnitt "Alte Post - Kreuzbäckerei - Schappe Süd" wirkt verkehrsberuhigend, indem die signalisierten Fahrgeschwindigkeiten dort eingehalten werden. Dies hat nichts mit einer Verminderung der Kapazität zu tun. Diese wird bestimmt durch die Kapazitäten bei den Lichtsignalanlagen

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass die Postulate mit dem Bericht erledigt sind.

#### **4. Bericht: Änderung Geschäftsordnung des Gemeinderates Nr. 310/12**

Gemäss Martin Heiz sind die Änderungen bereits vollzogen. Der Bericht dient nur noch als Information für den Einwohnerrat. Die SVP nimmt dies so zur Kenntnis.

Kathrin Graber, namens der CVP/JCVP-Fraktion, unterstützt die Anpassungen in der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Diese sind im Übrigen bereits schon umgesetzt und werden so vom Gemeinderat gehandhabt. Die Anpassungen bei der Behandlung von dringenden Geschäften und die Kompetenzzuordnungen erscheint der Fraktion sinnvoll, weil sie den Gemeinderat auch in dringenden Geschäften handlungsfähig machen und eine flexible Arbeitsweise, angepasst auf die einzelnen Departemente, ermöglichen. Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt die vorliegenden Anpassungen der Geschäftsordnung des Gemeinderates zustimmend zur Kenntnis.

Roger Erni schliesst sich den Worten der Vorredner an. Die FDP sieht dies auch so. Er persönlich hat Freude, auf diesem Weg einmal Einsicht in die Geschäftsordnung des Gemeinderates zu haben.

Auch die Grünen nehmen gemäss Bruno Bienz den Bericht positiv zur Kenntnis.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, es zur Detailberatung keine Fragen gibt und kein Rückkommen verlangt wird. Der Einwohnerrat nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis.

Sie liest den folgenden *Beschlussestext*:

***Der Einwohnerrat der Gemeinde Kriens nimmt in Anwendung von § 30 lit. e. der Gemeindeordnung vom 13. September 2007 den Bericht Nr. 310/12 des Gemeinderates Kriens vom 16. Mai 2012 über Änderungen der Geschäftsordnung des Gemeinderates zur Kenntnis.***

Es erfolgt keine Abstimmung.

#### **4a. Dringliches Postulat Camenisch: Unterbringen von Asylant/innen in Kriens Nr. 315/12**

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat zu überweisen. Sie fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Mirjam Kalt opponiert der Überweisung.

Räto Camenisch geht es mit seinem Vorstoss nicht darum, dass keine Asylanten aufgenommen werden, sondern dass die im Postulat gestellten Fragen beim Kanton abgeklärt werden. Man weiss, dass sich zwischen den Arealen Eichhof und Grosshof der Salesia-Park befindet. Die SVP will nicht, dass es dort wieder zu Unruhen kommt. Der Gemeinderat soll sich beim Kanton für ein Wegweisungsrecht von kriminellen Asylsuchenden stark machen. Der Postulant dank dem Gemeinderat für die Überweisung seines Vorstosses.

Gemäss Monika Marbacher ist die CVP/JCVP-Fraktion für Überweisung des Postulates, der Gemeinderat soll den Einwohnerrat wie auch die Bevölkerung umfassend über das geplante Vorhaben informieren können. Darum ist die Fraktion der selben Meinung wie Räto Camenisch, dass der Gemeinderat mit dem Kanton Kontakt aufnehmen muss, um die Bedingungen der Unterbringung zu erfahren und auch aktiv Bedingungen zu stellen. Die CVP/JCVP-Fraktion ist aber auch der Meinung, dass die Schweiz ihre humanitäre Tradition zur Aufnahme von Flüchtlingen fortsetzen soll.

Brahim Aakti hat nur der Dringlichkeit opponiert. Die SP ist grundsätzlich für die Überweisung des Vorstosses, obwohl ihr nicht ganz klar ist, ob es inhaltlich nicht eine Interpellation ist.

Mirjam Kalt, namens der Grünen, ist gegen die Überweisung dieses Postulats aus formaler und inhaltlicher Perspektive: Sie können keinen Vorstoss unterstützen, welcher vom "Wording" her auf eine menschenverachtende Asylpolitik hinweist, wie z.B. „*Massierung von Asylanten*“ – tönt total negativ, Angst und Hass schürend, „*Menschen, die potentiell bedrohen*“ – man spricht auch nicht allgemein von den Menschen, dass diese eine potentielle Bedrohung darstellen, somit kann man auch nicht sagen, dass Asylsuchende potentiell bedrohen, „*Auswahl der Asylsuchenden*“ – wie wenn man den Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder der Nasenform ansehen könnte, ob sie gut oder böse sind. Es wird wieder einmal deutlich: Die SVP wirft alle Asylsuchenden in einen Topf und ist nicht bereit, zu differenzieren. Sie spricht von Problemasylanten ohne genau hinzuschauen, was die konkrete Situation dieser Menschen ist. Viele Menschen aus Afrika verlassen mit der letzten Hoffnung auf ein lebenswertes Leben ihre Heimat, um ein Lösung für die Familie zu finden, setzen ganz viel geschuldetes Geld für die Reise in den Norden in den Sand, riskieren ihr Leben während der Reise durch die Wüste nach Europa, finden in Europa nicht das Paradies, müssen sich durchschlagen, um die hohen Schulden zurückzahlen zu können, können nicht zurück, weil sie das Gesicht verlieren, nach Hause zu kommen ohne Geld, usw.

Die Grünen sind interessiert an den Antworten zu den Fragen, welche Räto Camenisch an den Gemeinderat stellt. Auch sie sind überzeugt, dass es ein Konzept zur Unterbringung der Asylsuchenden braucht, und dass dieses Konzept mit dem Kanton abgestimmt werden muss. Auch sie wollen wissen, welche Unterkünfte für wie lange geplant sind, und wie die Bevölkerung informiert und vorbereitet werden soll. Aber sie sind gleichzeitig überzeugt und bereit einen Beitrag zu leisten, um den Menschen eine Wohnmöglichkeit zu geben, bis ihr Asylgesuch geprüft wurde. Die Grünen sind bereit, mit dem Kanton und Bund zusammen zu arbeiten, um das Problem der Unterbringung von Asylsuchenden in den Griff zu bekommen.

Die Grünen wollen aber nicht, dass sich der Gemeinderat dafür einsetzt, dass möglichst wenige kommen. – Kriens nimmt so viele auf, wie es vom Ort her möglich ist und vom Bund her gedacht, so dass eine gute und gerechte Verteilung entsteht. Der Gemeinderat soll die Auf-

nahme nicht mit dem Wegweisungsrecht koppeln. Die Grünen machen keine "Vetterliwirtschaft". Den Aufenthalt im Salesia-Park soll nicht verboten werden. Die Grünen wollen keine Unterkünfte, die wie Gefängnisse sind. Es soll den Menschen nicht vorgeschrieben werden, wo sie sich aufhalten dürfen und wo nicht. Diese im Postulat versteckten Forderungen wollen die Grünen nicht undiskutiert überweisen. Wenn es um die Klärung der Fragen gehen würde, dann könnten sie dieses Postulat überweisen, aber nicht mit dieser Vermischung von Themen und Forderungen.

Räto Camenisch dankt Mirjam Kalt für ihre Abschiedsvorstellung. Die Bevölkerung will wissen, was in ihrer Gemeinde passiert. Am Schluss des Vorstosses werden ganz klare Forderungen an den Gemeinderat gestellt, darum handelt es sich um ein Postulat und nicht eine Interpellation, auch wenn zu Beginn Fragen gestellt werden. Die SVP will ein Mitspracherecht und immer einen Schritt voraus und nicht hintennach sein.

Gemäss Helene Meyer-Jenni kann der Gemeinderat die Intervention der Grünen ein bisschen nachvollziehen. Er schuldet dem Einwohnerrat jedoch eine Erklärung, wieso für ihn die Überweisung wichtig ist, obwohl der Gemeinderat die Kriterien für eine Dringlichkeit nicht erkennt. Die Sprecherin zitiert die im Postulat gestellten Fragen. Somit handelt es sich eigentlich um eine Interpellation, auf welche alle eine Antwort wollen. Somit herrscht im Rat Einigkeit. Der Gemeinderat nimmt die Anliegen ernst. Es handelt sich um ein Kerngeschäft, welches offene Türen einrennt. Dass man mit dem Kanton in Kontakt ist, gehört zum Tagesgeschäft. Selbstverständlich wird der Gemeinderat so schnell wie möglich informieren. Dies kann er jedoch nur machen, wenn Informationen und Fakten vorhanden sind. Die Massnahmen müssen ausgehandelt werden. Der Gemeinderat befindet sich zurzeit in dieser Phase. Die Forderungen des Postulats können jedoch erst nach Überweisung des Vorstosses abgewickelt werden. So sieht es der parlamentarische Ablauf bei Vorstössen vor. Das ist auch der Grund, wieso die Begründung "mager daherkommt". Der Gemeinderat wird den Rat sobald Fakten vorhanden sind, informieren. Er kennt in solchen Fragen keine Sommerferien.

***Abstimmung über die Überweisung des Postulats Camenisch: Unterbringen von Asylant/innen in Kriens (Nr. 315/12):***

Das Postulat wird mit 29:5 Stimmen überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja

Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Otte, Michael	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

## 5. Interpellation Tanner: Sozialhilfe für Flüchtlinge in Kriens

**Nr. 271/11**

Johanna Dalla Bona fragt, ob der Interpellant mit der Antwort zufrieden ist oder ob eine Diskussion verlangt wird.

Beat Tanner verlangt eine Diskussion.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Beat Tanner dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung seiner Fragen. Er findet es sehr schade, dass die Zahlen von der Stadt Luzern und von Emmen nicht erhältlich gemacht werden konnten. Trotzdem hat er festgestellt, dass die Gemeinde Kriens pro Kopf der Bevölkerung rund Fr. 24.00 WSH für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen zahlt, welche mehr als 10 Jahre in der Schweiz sind. Verglichen mit den Nachbargemeinden zahlt Kriens pro Kopf (Einwohner) sage und schreibe 5x mehr. Horw zahlt pro Einwohner Fr. 5.00 und Ebikon Fr. 4.80, bezogen auf das Rechnungsjahr 2010. Müsste Kriens pro Kopf gleich viel bezahlen wie die Gemeinden Horw und Ebikon, müsste eine Entlastung von rund Fr. 0,5 Mio. für die Krienser Rechnung resultieren.

Positiv ist, dass der Kantonsrat den Ausgleich für höhere Lasten aus der Bevölkerungszusammensetzung auf den 1. Januar 2013 anpassen wird. Welche Auswirkungen hat dies auf das Budget 2013 der Gemeinde Kriens? Der Sprecher bittet den Gemeinderat, sich beim Kanton aktiv dafür einzusetzen, dass alle Gemeinden in etwa gleich belastet werden.

Wieso liegt in Kriens im Schnitt der Anteil anerkannten Flüchtlinge über dem Bevölkerungsanteil? Wieso ist die Gemeinde Kriens für diese Leute so attraktiv? Weiter hat sich der Interpellant gefragt, ob Kriens ein grosses Angebot an günstigen Wohnungen hat oder die Caritas auf Kosten des Steuerzahlers hohe Mieten zahlt und die Vermieter die Situation systematisch ausnutzen und profitieren. Ebenfalls ist bekannt, dass die Caritas schnell bereit ist, hohe Mieten zu bezahlen. Beat Tanner bittet den Gemeinderat, an der nächsten SGK-Sitzung Auskunft

darüber zu erteilen, in welchen Strassenzügen und Häuser diese Personen leben und ob Vermieter diese Situation mit überhöhten Mieten gezielt ausnutzen, indem sie ganze Häuser oder Teile davon diesen Personen vermieten?

Was der Sprecher ebenfalls nicht versteht, ist, dass es der Caritas nicht gelungen ist, diese Leute während diesen 10 Jahren auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Es gibt durchaus Arbeit, welche ohne grosse Ausbildung ausgeführt werden kann, wie z. B. im Bereich Recycling. Wieso werden diese Leute nicht weiter verpflichtet, das Angebot der Caritas für die berufliche Integration „Arbeit und Bildung“ zu nützen? Für Beat Tanner ist klar, die WSH muss durch Arbeitsintegrationsmassnahmen gesenkt werden und der Kanton soll die Kosten dazu tragen. Was unternimmt der Gemeinderat in diesem Bereich? Welche Massnahmen wurden getroffen?

In der Luzerner Zeitung vom 21. Juni 2012 hat der Kanton zum Thema Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden ebenfalls festgestellt, dass der Kanton die vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge besser integrieren will, damit dies nicht nach 10 Jahren die Gemeinden tun müssen. Offenbar wurde nicht alles daran gesetzt, diese Flüchtlinge zu integrieren. Der Interpellant fordert, dass der Kanton dies jetzt zu seinen Lasten nachholt. Er hat beim Kanton Luzern bei der Abteilung DISG zusätzliche Infos verlangt, welche ihm verwehrt worden sind. Herr Wettstein vom DISG hat ihm gesagt, dass die Gemeinde Kriens betreffend diesem Thema eine sehr detaillierte Antwort erhalten hat, welche dem Einwohnerrat ohne Einschränkung abgegeben werden kann. Beat Tanner bittet den Gemeinderat, diese Unterlagen den Fraktionen zuzustellen.

In der Beantwortung der Interpellation führt der Gemeinderat aus, dass im Jahr 2012 voraussichtlich fünf Dossiers mit insgesamt 15 Personen in die WSH der Gemeinde Kriens wechseln. Ist dies eingetroffen und wie hoch sind die jährlich wiederkehrenden Kosten? Der Sprecher wird diese Angelegenheit genau im Auge behalten und wenn nötig weiter mittels Vorstössen intervenieren, wenn keine Verbesserungen erzielt werden.

Gemäss Bruno Bienz nimmt die SGK die Beantwortung der Interpellation zur Kenntnis und dankt dem Gemeinderat für den Bericht. Auch wird von der SGK sehr positiv aufgenommen, dass der Gemeinderat über weitere Abklärungen und allfällige Lösungen die Kommission laufend informieren will. Es ist aber auch klar zum Vorschein gekommen, dass die heutige Lösung sehr problematisch und für die Gemeinde kostenintensiv ist. Die SGK ist der Meinung, dass der Kanton hier die Verantwortung übernehmen muss. Nur so ist eine für die Gemeinde gerechte und breit abgestützte Lösung möglich.

Für Michael Otte, namens der SVP, bestätigt die Beantwortung dieser Interpellation zwei Entwicklungen im Bereich des Asyl- und Sozialhilfewesens:

1. Chaos und Unvermögen in der Asylpolitik, bei welcher der Einwohnerrat nichts zu bestimmen hat
2. Ungebrochene Vollkasko-Mentalität in der Sozialhilfe bzw. den SKOS-Richtlinien, bei welcher der Einwohnerrat ebenfalls nicht zu bestimmen hat

Selten zuvor haben so viele intelligente Leute im links-grünen Lager das Gespür für die Sorgen und Ängste der breiten Bevölkerung so vollkommen verloren. Es wird weiterhin verharmlost, verniedlicht und den Tatsachen nicht in die Augen geschaut. Sie erinnern den Sprecher an Leute, die in einem Restaurant viel zu laut reden. Aus Höflichkeit traut man sich aber

nicht, es ihnen zu sagen. Der Sprecher sagt es jetzt aber oder wie es Erich Tschümperlin sagen würde „vergifte ich nun das letzte Mal das Klima im Pilatusaal“.

Die Zahlen der aktuellen Asylstatistik lassen erahnen, warum eine Mehrheit der Bevölkerung den Asylbewerbern skeptisch gegenübersteht: 2005 wurden rund 130'000 Asylgesuche erledigt, dabei anerkannten die Behörden aber bloss 1'500 Menschen als echte Flüchtlinge. Das sind 11 %. Mit anderen Worten: Eine erdrückende Mehrheit von rund 90 % aller Leute, die von weit her in die Schweiz kommen und sich als Verfolgte ausgeben, ist es nicht. Die restlichen 5 %, also die tatsächlichen und anerkannten Flüchtlinge und vorläufig aufgenommenen Personen, treffen auf ein Sozialsystem mit Vollkaskocharakter. Theoretisch ist die Sozialhilfe (oder Fürsorge) als Anleihe in Notfällen ausgelegt; in der Praxis hat sich daraus ein Rentensystem entwickelt, das einen rechtlichen Anspruch auf ein Mindesteinkommen weit über der Existenzsicherung garantiert. Lediglich ein Viertel der anerkannten Flüchtlinge sind nach Angaben des Bundesamtes für Migration finanziell selbständig. Der Grund: Wer ein Asylgesuch stellt, wird automatisch in unser Fürsorgesystem integriert, aus dem er sich nur schwer befreien kann. Die Integration, die vor allem bei der Arbeit stattfindet, wird dadurch zusätzlich erschwert, was wiederum bei der Arbeitssuche ein Hindernis ist - ein Teufelskreis wie es der Gemeinderat in der Antwort zu Frage 8 ebenfalls festgestellt hat. Wer sich einmal in der Sozialhilfe etabliert hat, ist heute dank den "situationsbedingten Leistungen" gegen faktisch jede Unpässlichkeit versichert und von jeder Eigenverantwortung befreit: Zahnarzt, Selbstbehalte, Anwälte, Versicherungen, Schulutensilien, Erziehungshilfen, amtliche Papiere, sogar Heimaturlaube oder Fahrstunden können unter Umständen bezahlt werden. Gestützt wird dies grossmehrheitlich von den Berufsständen der Sozialbranche. Der Berufsstand der „sozial Engagierten“ ist geprägt von ideologischen Dogmen, Tabus und Vorurteilen. Es zählt nicht was ist, sondern wie es sein sollte. Kritik wird leichthin als Angriff auf die Institution Fürsorge abgeblockt. Studien, welche die Sozialbranche in barocker Fülle produziert, besagen oft mehr über die Geisteshaltung der Autoren als über die Realität; Fakten werden zurechtgebogen, der vermeintlich gute Zweck heiligt die Mittel. Wer das Verhalten der vermeintlichen „Profis“ in Frage stellt, wird als Ignorant verhöhnt, den man am liebsten geteert und gefedert durch die Gassen der Luzerner Altstadt hetzen möchte. Die Folgen davon sind teuer, die Einheimischen sind verärgert und es werden die falschen Leute angezogen. Wer gut schwindeln kann und den hochgerüsteten Rechtsstaat für seine Zwecke zu nutzen versteht, hat bessere Chancen auf ein angenehmes Dasein, als ein fleissiger, verantwortungsbewusster Einwanderer, der bereit ist, hart zu arbeiten und alles dafür zu tun, sich und seine Familie zu ernähren.

Verena Wicki Roth, namens der CVP/JCVP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für den Bericht, der korrekt aufzeigt, was Sache ist in Bezug auf anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene Personen in Kriens. Tatsache ist, dass die Belastung in Bezug auf WSH für diese Klientengruppe hoch ist, doch bedauert die Fraktion auch, dass keine Daten vorliegen im Vergleich zur Gemeinde Emmen und der Stadt Luzern. Korrekterweise merkt die Gemeinde an, dass keine Sozialhilfe für abgewiesene Asylsuchende geleistet werden darf, ausser bei der Nothilfe. Anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen, die länger als 10 Jahre in der Schweiz leben und keine Sozialhilfe beziehen, sind gut integriert und werden von der Sozialhilfe nicht mehr erfasst. Sie arbeiten und zahlen ihre Steuern. Viele sind inzwischen Schweizer Bürger geworden. Man müsste Forschung betreiben, um diese Gruppe zu erkunden, und das bringt der Gemeinde Kriens faktisch keinen Nutzen. Man darf froh sein um jeden, der es geschafft hat in der Schweiz.

Die CVP/JCVP-Fraktion erachtet es als richtig, dass diese Personengruppe im Prinzip genau gleich behandelt wird, wie alle anderen Personen auch, die WSH beziehen. Die Anforderungen

sollen identisch sein. Die Haltung der Gemeinderat wird als korrekt erachtet. Anerkannte Flüchtlinge haben ein Asylverfahren abgeschlossen und ihr Gesuch wurde positiv beurteilt. Sie konnten somit beweisen, dass sie ernsthaften Nachteilen ausgesetzt waren und an Leib und Leben oder in ihrer Freiheit gefährdet sind. Diese Personen sind bewiesenermassen sehr oft traumatischen Erfahrungen ausgesetzt gewesen und haben physisch wie psychisch Schaden davongetragen. Als Fremdsprachige kommen zusätzliche Hürden dazu. Die Mehraufwand in der Betreuung ist darum nachvollziehbar. Auch wird die Absicht des Gemeinderates begrüsst, das Monitoring der Personengruppe in der Sozial- und Gesundheitskommission des Einwohnerrates weiterhin zu pflegen. Dies dient der Transparenz und der sachlichen und humanitären Bearbeitung des Themas.

Brahim Aakti, namens der SP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für den guten Bericht. Der Gemeinderat selbst sieht diesen Bericht als Zwischenbericht und ist weiterhin interessiert, der SGK regelmässig zu berichten. Die Fraktion begrüsst dieses Vorgehen. Sie findet es ausserordentlich schade, dass Luzern und vor allem Emmen keine Zahlen herausgeben, um aussagekräftige Vergleich anstellen zu können. Das vorhandene Zahlenmaterial zeigt aber klar, dass Kriens unverhältnismässig viel zahlt und das ist ungerecht. Der Vergleich mit Ebikon sieht folgendermassen aus: Ebikon hat rund 12'000 Einwohner. Das entspricht in etwa 45 % der Grösse von Kriens. Im 2011 hat Ebikon Fr. 81'000 bezahlt, dies entspricht etwa 15 % von dem, was Kriens bezahlt (Fr 551'000). Die Pro-Kopf-Interpretation würde heissen, dass Kriens ca. Fr. 21.00/Kopf und Ebikon Fr. 6.50 /Kopf zahlt. Das heisst, Kriens zahlt drei Mal mehr als Ebikon und das ist schlicht unfair. Gerade deshalb ist es überaus wichtig, dass der Gemeinderat an der Thematik dran bleibt und sich vor allem beim Kanton für eine saubere und faire Verteilung der Kosten einsetzt. Die SP wünscht dem Gemeinderat hierfür Ausdauer und Erfolg.

Das Votum vom Michael Otte findet der Sprecher eine Frechheit. Er hat es wirklich geschafft, das Klima im Saal zu vergiften. Zudem ging er nicht konkret auf den Vorstoss ein. Dies ist sehr schade.

Mirjam Kalt, namens der Grünen, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung dieser Fragen. Man sieht jetzt, wo es noch Handlungs- und Klärungsbedarf gibt. Es geht in dieser Interpellation um die wirtschaftliche Rentabilität der anerkannten Flüchtlinge und vorläufig aufgenommenen Personen. Es geht ja wahrscheinlich darum, Wege aus der finanziell schwierigen Situation der Gemeinde zu finden. Und da werden Ideen gesucht, wo noch gespart werden kann. Gleichzeitig ist es den Grünen wichtig, den Blickwinkel zu öffnen und nicht nur die finanzielle Seite anzuschauen. Man könnte sich ja auch noch andere Fragen stellen:

- Wie viele Menschen haben es geschafft, aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit herauszukommen?
- Was gedenkt die Gemeinde zu tun, die Menschen zu unterstützen, in die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu kommen?
- Wie viele Menschen leben unabhängig von der WSH, obwohl sie diese gemäss den gesetzlichen Bedingungen zugestanden bekämen?
- Was kann die Gemeinde tun, damit KMU's vermehrt anerkannte Flüchtlinge in den Arbeitsprozess integrieren?
- Welche Bereicherung bringen Menschen aus anderen Kulturen?
- Was kann die Gemeinde unternehmen, um dies noch mehr zu nutzen?

Die Arbeitsintegration ist eine Aufgabe, die sich nicht nur für diese Menschen stellt, sondern für die gesamte Gesellschaft. Man hat diese Menschen Asyl gegeben und sie aufgenommen. Das heisst, man ist mitverantwortlich, dass diese Menschen ein autonomes und wirtschaftlich unabhängiges Leben führen können. Die Caritas macht dabei eine professionelle und gute Arbeit. Auch die Gemeinde oder andere Teile der Gesellschaft und vor allem der Arbeitsgesellschaft müssen da auch ihren Beitrag leisten.

Michael Otte nimmt kurz Stellung zu Brahim Aakti Anschuldigung und liest nochmals einen Teil seines Votums. Seiner Meinung nach, muss man gut zuhören und nicht Wörter vertauschen.

Räto Camenisch dankt dem Interpellant Beat Tanner. Er hat mit seinen Fragen etwas aufgeworfen, was sehr wichtig ist. Er dankt auch dem Gemeinderat für die Beantwortung. Zurzeit sammelt die SVP Unterschriften für die Initiative "Für eine bürgernahe Asylpolitik". Diese fordert u.a., dass die Kosten nicht mehr auf die Gemeinden abgewälzt werden.

Peter Wespi findet es lächerlich, davon zu reden, dass die Kosten zurückbezahlt werden. 90 % der Asylanten leben in der Schweiz, weil es ihnen hier gut geht und nicht weil sie verfolgt werden. Hier muss endlich Mal der Riegel geschoben werden.

Lothar Sidler stellt klar, dass es sich bei der Beantwortung um einen Zwischenbericht handelt. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Es wird nach Lösungsansätzen gesucht. Die kantonalen Gesetze müssen geändert werden. Dies soll jedoch nicht heissen, dass die Gemeinde diesbezüglich nichts unternimmt. Man ist in engem Kontakt mit der zuständigen Behörde und die Abklärungen laufen. Auch der Regierungsrat will lösungsorientiert mithelfen. Es bringt nichts, wenn man undifferenzierte Breitbandangriffe auf das Sozialwesen und die Sozialarbeitenden macht. Probleme können nur mit kühlem Kopf gelöst werden. Der Sprecher bittet deshalb den Rat, die Fakten nicht zu biegen.

## **6. Postulat Kalt: Moratorium für Antennen**

**Nr. 305/12**

Der Vorstoss wurde von Mirjam Kalt zurückgezogen.

## **7. Motion Frey: Einführung der Kaskadenregelung im BZR für die Bewilligung von Antennen**

**Nr. 306/12**

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Thomas Lammer opponiert.

Gemäss Maurus Frey enthält der Entwurf des Bau- und Zonenreglements 2012 mit Art. 41 eine Regelung, welche das Kaskadenmodell implementiert. Somit hat der Vorstoss seinen gesetzlichen Niederschlag schon gefunden. Die Grünen sind gespannt auf die Rückmeldungen aus dem Mitwirkungsverfahren bezüglich dieses Artikels und halten sich gegebenenfalls vor, im Rahmen der 1. Lesung Änderungsanträge einzubringen. Der Vorstoss wird zurückgezogen. Somit kann auch ein Leerlauf gespart werden.

Michael Günter zitiert folgendes aus einem aktuellen Bundesgerichtsurteil vom 21. Mai 2012 betreffend Mobilfunksendeanlagen in der Gemeinde Hinwil: *Die Regelung der Gemeinde Urtenen-Schönbühl beschränkt sich auf Mobilfunkantennen, die ausserhalb von Gebäuden angebracht werden und von allgemein zugänglichen Standorten optisch wahrgenommen werden können....In diesem Punkt ist die Beschwerde daher gutzuheissen und die angefochtene Regelung auf visuell wahrnehmbare Anlagen zu beschränken. Die Sache ist insoweit an die kantonale Genehmigungsbehörde, d.h. an den Regierungsrat des Kantons Zürich, zurückzuweisen, der die gebotene Ergänzung entweder selbst vornehmen oder durch die Gemeinde veranlassen kann....*Das Bundesgericht hat die Beschwerde abgewiesen. Dies zur Information und Kenntnisnahme an das Parlament.

Johanna Dalla Bona dankt für die Ausführungen und stellt fest, dass der Vorstoss mit dem Rückzug erledigt ist.

## **8. Motion Frey: Äufnung eines Fonds für eine zukunftsgerichtete öV-Anbindung von Kriens** **Nr. 307/12**

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass der Gemeinderat die Motion ablehnt.

Maurus Frey informiert, dass eine Studie von Metron aus dem Jahr 2004 die Kosten für einen zentralen Bahnanschluss nach Kriens auf geschätzte Fr. 300 bis etwa 800 Mio. veranschlagt. Dies ist eine grosse Spannweite. Unter der Annahme, dass es „nur“ Fr. 300 Mio. kosten würde, und dass die Gemeinde „nur“ eine Vorfinanzierung über die Hälfte leisten müsste, würde dies Fr. 150 Mio. bedeuten. Mit dem vorgeschlagenen Fonds würde es also 150 Jahre dauern, bis Kriens das notwendige Geld zusammen hätte. Im Rahmen des Wahlkampfes haben sich verschiedenste Parteien als besonders öV-freundlich geoutet. Teilweise haben sie mutige Visionen präsentiert, ohne von den dazugehörigen Kosten zu sprechen. Eine qualitative und effiziente öV-Förderung kostet jedoch viel Geld. Gleichzeitig fordern die gleichen Parteien von der Gemeinde rigides Sparen. Grosse Visionen zu pflegen und gleichzeitig sparen zu wollen, ist nicht vereinbar. Der Kantonsrat hat für das Budget 2012 nicht annähernd die Summe eingesetzt, welche für die Umsetzung der vorliegenden öV-Konzepte (AggloMobil Due etc.) nötig wären. Es bleibt wieder zu hoffen, dass er dies für die kommenden Budgets tut. Ansonsten bleiben auch die vom Gemeinderat als realistisch und mittelfristig taxierten Verbesserungen, wie etwa die Linie 3, mutige Visionen.

Die Kosten im Bereich öV belaufen sich in einer Höhe, welche die Gemeinde Kriens nicht selber stemmen kann. Einzig ein Fonds würde Kriens aus der totalen Abhängigkeit gegenüber

des Kantons befreien. Diese Unabhängigkeit bleibt aber eine Utopie. Für eine gute Politik sind Utopien wichtig, wenn sich die Politik aber den Realitäten verweigert, so ist sie nutzlos. Wer während seines Votums nun schon eingenickt ist, darf weiter träumen und der Motion seine Stimme geben.

Für Toni Bründler spricht Maurus Frey von Visionen. Es ist nicht die Aufgabe von Kriens, Geld zu sparen, welches überhaupt nicht vorhanden ist. Dieser Vorstoss gibt höchstens eine Nummer für die Fasnachtszeitung.

Roland Schwizer, namens der CVP/JCVP-Fraktion, findet die Idee der Motion Frey im Grundsatz bestechend: Mittels eines Fonds soll die Gemeinde Kriens dokumentieren, dass sie gewillt ist, die bestehenden Verkehrsprobleme zu lösen. Doch leider hat diese Eingabe zwei grosse Mängel:

- Mit der Bereitstellung von Geldmitteln ist nicht automatisch gewährleistet, dass die zündende Idee für die Lösung aller Verkehrsprobleme über Nacht entwickelt wird. Verschiedene Gremien studieren schon seit Jahren an einer Behebung des Verkehrschaos in Kriens, ohne grössere Erfolge. Die CVP/JCVP-Fraktion ist vielmehr der Meinung, dass die erforderlichen Geldmittel für allfällige Investitionen eher zu beschaffen sind, wenn man tragfähige Konzepte entwickelt, die sowohl die Nachbargemeinden, wie auch den Kanton überzeugen. Das heisst, die Gemeinde Kriens muss zuerst ihre Hausaufgaben erledigen, bevor sie über Projekt-Finanzierungen spricht.
- Der Bund hat im Jahr 2008 einen Infrastrukturfonds geschaffen, der aus den Erträgen der Mineralölsteuer alimentiert wird. Bei einer Befristung auf 20 Jahre wird der Infrastrukturfonds insgesamt 20 Milliarden Franken enthalten. Davon sind 6 Milliarden Franken für die Verkehrsinfrastrukturen beim Agglomerationsverkehr vorgesehen. Wenn nun die Gemeinde Kriens einen Fonds für „zukunftsgerichtete öV-Anbindung“ schaffen soll, ist das sicher eine gute Idee. Leider hat die Gemeinde aber keine Ölquelle, mit der sie diesen Fonds jährlich mit mindestens Fr. 1 Mio. alimentieren kann. Bekanntlich sind bei der Gemeinde Kriens die nötigen Finanzen nicht vorhanden und mit einer Million pro Jahr hätte man auch im Laufe der Zeit ein zu kleines Kapital, um im grossen Stil im Infrastrukturbereich zu investieren. Der Seetalplatz ist ein eindrückliches Beispiel dafür, wie die Arbeit angegangen werden muss.

Die CVP/JCVP-Fraktion findet die Idee dieses Fonds interessant, aber sie ist leider nicht umsetzbar. Aus diesem Grund ist sie gegen eine Überweisung der Motion.

Gemäss Alex Hahn hält der Regierungsstatthalter in seinen Rechnungslegungsvorschriften folgendes fest: *Der Bilanzfehlbetrag ist der durch Eigenkapital nicht abgedeckte Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung. Solange ein Bilanzfehlbetrag besteht, dürfen kein Eigenkapital und keine Vorfinanzierungen gebildet und kein Verwaltungsvermögen zusätzlich abgeschrieben werden. Ertragsüberschüsse sind in erster Linie als Abschreibung des Bilanzfehlbetrages zu verwenden. Das Eigenkapital der Gemeinde Kriens ist mit der Rechnung 2011 um Fr. 5.5 Mio. auf Fr. 4.45 Mio. Franken gesunken. Es ist absehbar, dass die Gemeinde Kriens auf einen Bilanzfehlbetrag hin steuert.*

Wiederum bremst der Kanton die Gemeinde. Seit Jahren wird ums Geld gestritten. Man ist nicht in der Lage, einen Konsens zu finden. Es werden Forderungen gestellt, für welche kein Geld vorhanden ist und es ist erstaunlich, dass gerade die Grünen Ideen der FDP zur Geldbeschaffung torpedieren, aber gleichzeitig Rückstellungen machen wollen – mit Geld, welches Kriens nicht hat. Insofern erübrigt sich die Motion. Die FDP ist für Ablehnung.

Für Martin Heini ist klar, um Visionen zu verwirklichen, braucht es Geld. Es ist einfacher, Geld auf die Seite zu legen, wenn das Ziel klar ist. Eine Problemlösung oder Ansätze dazu zu finden, dafür helfen verschiedene Visionen. Diese entspringen der Kreativität, sind aber weitab jeglicher Realisierungsphasen. Um ein derartiges Problem zu lösen, braucht es ein klares Ziel mit Etappen, Massnahmen und Terminen. Dies fordert Zeit und Geld. Also viele Bedingungen, welche nicht gegeben sind.

Was will man nun mit dem Geld im Fonds:

- Weitere Visionen generieren?
- Eine beste Vision evaluieren?
- Diese eine Vision herunterbrechen auf Projekte?

Wo im Lösungsfindungsprozess steckt das Parlament zurzeit? Werden in den Köpfen immer noch (mehr) Visionen entwickelt? Besteht Einigkeit, welche Vision technisch die besten Verwirklichungschancen hat? Sind sich der Einwohnerrat und der Gemeinderat politisch einig und unterstützt der Kanton Kriens dabei? Kennt man die Verkehrsprojekte, wenigstens vom Namen her - oder Inhalt, Kosten und Nutzen?

Die Gemeinde Kriens steckt noch immer ganz am Anfang und fährt Kreisel, ohne zu wissen, wo hinausfahren. Das Projekt AggloMobil Due ist nicht das Gelbe vom Ei; es fehlt eine langfristige Perspektive, Nachhaltigkeit, Reibungsflächen mit LV und MIV bleiben oder vergrössern sich.

Aus diesen Gründen konnte sich die SP nicht gut finden, um zur Motion ja oder nein zu sagen. Kommt hinzu, dass über Geld entschieden wird, das in den nächsten Jahren nicht vorhanden ist. Die Mehrheit der SP-Fraktion sagt ja. Die Idee des Fonds ist sympathisch, benötigt jedoch ein Reglement zur Verwendung des Fonds. Der politische Wille ist herauszukristallisieren und es muss ein Konsens gefunden werden. Der Gemeinderat spricht bei seiner Begründung – Zitat: *Insofern trägt der Vorstoss zur Klärung der Frage bei, ob Kriens den Weg von unterschiedlichen Visionen für eine ferne Zukunft verfolgt **oder** ob Kriens die konkreten Konzepte von AggloMobil Due, unterstützt...* Für die SP ist klar, nicht "oder" sondern "auch". Man muss konkrete Projekte wie AggloMobil Due, Gesamtverkehrskonzept plus Umsetzungskonzepte verfolgen und den kurzfristigen Ausbau von öV und LV forcieren.

Räto Camenisch möchte wissen, wie viel Geld die Gemeinde Emmen für die Finanzierung des Seetalplatzes auf die Seite gelegt hat. Man muss nur nach Brüssel schauen, dort wird auch mit virtuellem Geld gearbeitet. In der Situation, in welcher sich Kriens befindet, ist dies jedoch nicht zulässig. Das Hauptproblem ist die Verkehrsachse durch Kriens. Da es sich um eine Kantonsstrasse handelt, muss die Lösung auch vom Kanton kommen. Primär muss also beim Kanton angeklopft werden, dort liegt der Schlüssel zur Lösung. Ein paar Franken auf die Seite zu legen ist für die SVP keine Lösung.

Maurus Frey versteht nicht, wieso scheinbar so viele Visionäre im Saal sitzen, die aber gegen seine Vorstoss sind. Man hat Zeit, um die zündende Idee zu finden. Wichtig ist dabei überzeugend hinzustehen.

Michael Günter sieht das Grundproblem darin, dass es einen Aufgabenteil zwischen Kanton und Gemeinde gibt. Viele Aufgabenteile werden an die Gemeinden abdelegiert. Dies sind alles Mehrbelastungen, welche auf die Gemeinde zukommt. Es wäre paradox, wenn die Gemeinde nun auch noch für den öV zahlen will.

Cyrell Wiget stellt klar, wieso der Gemeinderat den Vorstoss ablehnt. Maurus Frey provoziert den Einwohnerrat. Es geht hier nicht um Geld, sondern um Visionen. Der Gemeinderat hat sich mit diesen Visionen auseinandergesetzt und er hofft, dass der Rat die Begründung gelesen hat. Man hat nun bereits schon den ganzen Nachmittag davon gesprochen, was die Gemeinde Kriens beim Kanton alles holen und wieso sie bei ihm anklopfen muss. Der Kanton hat sich i.S. Kriens bereits entschieden. Eine neue Buslinie wird erwartet und auch, dass beim Projekt K4 eingelenkt wird. Träumen ist immer schön. Der Gemeinderat hat jedoch die Aufgabe, mittel- und kurzfristige Verbesserungen zu machen.

***Abstimmung über die Überweisung der Motion Frey: Äufnung eines Fonds für eine zukunftsgerichtete öV-Anbindung von Kriens (Nr. 307/12):***

Die Motion wird mit 23:9 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Bolzern, Caroline	Enthaltung
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	nein
Gräf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein

Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	nein

Die Pause findet von 15:35 Uhr bis 15:55 Uhr statt.

## 9. Postulat Lammer: Parkplatzsituation Krauerhalle

Nr. 308/12

Gemäss Johanna Dalla Bona beantragt der Gemeinderat die Ablehnung des Postulats.

Nach Thomas Lammer hat der Gemeinderat am 28. März 2012 entschieden, dass ab 1. September 2012 das amtliche Fahrverbot auf dem Platz vor der Krauerhalle umgesetzt wird. So steht es auch im Antrag auf Ablehnung des Gemeinderates. In der Krauerhalle finden jährlich rund 60 Anlässe statt. Ein Grossteil sind Sportanlässe. Es finden aber auch kulturelle Anlässe statt. Die Veranstalter sind in den meisten Fällen Krienser Vereine. Da es sich bei der Krauerhalle um eine Schulanlage handelt, muss von den Organisatoren jeweils zusätzliche Infrastruktur herangeführt werden. Der Sprechende verlangt nun, dass die Mitarbeitenden dieser OK's ihre Fahrzeuge jeweils auf dem Platz zwischen der Krauerhalle parkieren können. Dafür ist das übliche Entgelt zu entrichten. Diese Regelung soll nur für Veranstaltungen gelten und ausschliesslich den OK's und, wie der Gemeinderat schreibt, den Mannschaftsbussen vorbehalten sein. Dass man während der Woche und beim Trainingsbetrieb dort parkieren kann, verlangt er nicht, er ist der gleichen Meinung wie der Gemeinderat. Ebenfalls soll es auch den Besuchern von diesen Veranstaltungen nicht möglich sein, dort zu parkieren. Es gibt seines Erachtens genügend Parkplätze in unmittelbarer Nähe der Halle für Besucher und Trainierende. Durch diese Regelung sollten allfällige Konflikte und vor allem auch die Gefahr bei der Ausfahrt auf ein Minimum beschränkt werden. Der Sprechende bittet deshalb, das Postulat im Sinne seiner Ausführungen zu überweisen und die Krienser Vereine zu unterstützen.

Michael Günter, namens der SVP-Fraktion, stellt fest, dass das Postulat und die Begründung des Gemeinderates nicht kongruent sind. Die SVP ist der Meinung, dass der HC Kriens als einziger Krienser Verein auf Nationalliganiveau die Sympathie des Rates verdient hat. Bei Grossanlässen muss die Logistik weitmöglichst erleichtert werden. Diese Logistik braucht Platz, Mannschaftsbusse und Lieferanten müssen zufahren können, Waren müssen abgesetzt werden können. Das ist zur Zeit möglich. Mit Parkplätzen auf dem Areal verschwindet dieser Platz. Es existiert keine geeignete Zufahrt, die Bestehende ist gefährlich. Die SVP-Fraktion ist daher der Meinung, dass das Ausladen, Umladen und Einladen in Ordnung ist, aber parkieren sollte man nicht. Daher lehnt sie das Postulat ab. Es ist problematisch, wenn Verbote zuerst nicht durchgesetzt werden und anschliessend sollen sie plötzlich durchgesetzt werden.

Nach Monika Marbacher kann die CVP/JCVP-Fraktion das Anliegen von Thomas Lammer grundsätzlich verstehen. Die Parkplatzsituation bei der Krauerhalle gibt regelmässig Anlass zu Diskussionen, das hat auch der Gemeinderat anerkannt. Vor nicht so langer Zeit hat das Parlament allerdings ein Parkplatzreglement verabschiedet, das auf eine einheitliche Regelung ausgelegt ist. Dies wird als richtig erachtet. Ausnahmegewilligungen bei grossen Veranstaltungen

gen sind gemäss Reglement schon heute möglich. Es ist zumutbar, dass die Sportler in den umliegenden Parkhäusern parkieren. Wenn man jetzt bei der Krauerhalle Parkieren gegen Gebühren erlaubt, dann ist es voraussehbar, dass weitere diesbezügliche Eingaben für andere Sportanlagen folgen werden. Das will die CVP/JCVP-Fraktion nicht und lehnt das Postulat deshalb ab.

Peter Fässler, namens der SP-Fraktion, möchte das Thema, welches behandelt wird, unter dem Begriff Bequemlichkeit einordnen. Von der Bequemlichkeit ist wohl niemand hier gefeilt. Auch er parkiert sein Fahrzeug gerne in unmittelbarer Nähe der Eingangstüre. Veloparkplätze gibt es zum Glück meist in unmittelbarer Nähe. Im Fall der Krauerhalle geht es um Parkplätze (Bequemlichkeit) kontra Sicherheit. Wie der Postulant richtig feststellte, muss der Blick auf die Ein- und Ausfahrt in die Horwerstrasse gelenkt werden. Ein kombinierter Fuss- und Veloweg muss überquert werden. Ohne genügende Sichtverhältnisse von der Krauerhalle her, ohne Einspurstrecken von der Strasse her. Zudem kommt hinzu, dass sich genau bei der Ausfahrt die Bushaltestelle befindet, wo doch ab und zu Leute auf den Bus warten. Als regelmässiger Velofahrer hat der Sprechende an dieser Stelle auch schon gefährliche Situationen erlebt. Nicole Nyfeler kennt die Situation um die Halle aus der Sicht der Rollstuhlfahrerin. So viele Behinderte wie Autos auf den Behindertenparkplätzen stehen, sind meist nicht in den Hallen anzutreffen. Zugänge zum Hallenbad sind durch Autos verstopft. Dadurch entstehen gefährliche Situationen. Gerade auch Kinder und Jugendliche, die zu Fuss oder mit dem Fahrrad zur Krauerhalle gehen, fahren oder sich dort aufhalten sind betroffen. Der Postulant erwähnt richtig, dass es in allernächster Umgebung genügend Parkplätze gibt. Gleich auf der anderen Strassenseite befindet sich die Einstellhalle Hofmatt. Weitere Parkplätze liegen am Rand des Friedhofs. Und wer könnte schon kontrollieren, welche Personen Helfer, Sportler oder Organisatoren sind? Für Anlieferungen von Material und die Zufahrt von Mannschaftsbussen kann die Barriere geöffnet werden. Dies ist unbestritten und auch notwendig. Aus den erwähnten Gründen ist die SP-Fraktion gegen die Lockerung des Parkverbotes in unmittelbarer Umgebung der Krauerhalle. Sie lehnt das Postulat ab.

Gemäss Bruno Bienz erstaunt dieser Vorstoss die Grünen. Im Umkreis von 50 Metern hat es unzählige Parkplätze zur Verfügung und der Postulant möchte jetzt auch noch einen Pausenplatz in Parkplätze umwandeln. Ist es nicht zumutbar, dass die sportlichen Handballer die 50 Meter Fussweg vor dem Training absolvieren? Das gilt auch für die Helfer und Organisatoren. Die Zufahrt zum Platz ist bereits jetzt strapaziert und teilweise gefährlich. Ein sehr gut frequentierter querender Fuss-/Veloweg, eine Bushaltestelle sowie der Zugang zur Turnhalle für die Schulkinder. Da müssten aus Sicherheitsgründen wahrscheinlich grössere Anpassungen an der Einfahrt vorgenommen werden. Die Grünen stellen sich die Frage, wie sichergestellt werden soll, dass dann tatsächlich nur die Organisatoren, Helfer usw. dort parkieren. Müsste die Gemeinde dann bei jedem Anlass Bewilligungen ausstellen? Die Anlieferung ist mit der heutigen Regelung jederzeit möglich und soll auch grosszügig gehandhabt werden. Für den Bus der Gästemannschaft wurde anscheinend auch eine Lösung gefunden. Aus diesen Gründen unterstützen die Grünen die Haltung des Gemeinderates vollumfänglich und lehnen das Postulat einstimmig ab.

Matthias Senn denkt, dass die Forderung des Postulats und die Haltung des Gemeinderates nicht so weit auseinander sind. Die Idee ist, dass der Platz für den Umschlag genutzt wird. Es kann auch nicht kontrolliert werden, ob jemand der sein Auto vor der Halle parkiert vom OK

ist oder nicht. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass man das Parkieren ganz verbieten soll.

**Abstimmung über die Überweisung des Postulats Lammer: Parkplatzsituation Krauerhalle (Nr. 308/12):**

Die Überweisung des Postulats wird mit 23:8 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bolzern, Caroline	nein
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	Enthaltung
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Otte, Michael	ja
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	ja
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	Enthaltung
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

**10. Motion Tschümperlin: Mehrwertabschöpfung in der Gemeinde Kriens  
Nr. 309/12**

Gemäss Johanna Dalla Bona beantragt der Gemeinderat die Überweisung als Postulat. Sie fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Maurus Frey als Vertreter von Erich Tschümperlin hält an der Motion fest.

In der Bundesverfassung steht: "Der Bund legt Grundsätze der Raumplanung fest. Diese obliegt den Kantonen und dient der zweckmässigen und haushälterischen Nutzung des Bodens und der geordneten Besiedlung des Landes." Das dazugehörige schweizerische Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) schliesslich verlangt einen angemessenen Ausgleich für erhebliche planungsbedingte Vor- als auch Nachteile, welche durch Ein- oder Auszonungen entstehen. Der wesentliche Zweck dieser sogenannten Mehrwertabschöpfung ist, der privaten Grundstückshaltung entgegenzuwirken und eine möglichst zeitnahe Baurechtsnutzung zu fördern. Obwohl es das Gesetz seit 30 Jahren vorschreibt, verzichten die meisten Kantone, so auch der Kanton Luzern, auf die Abschöpfung des Mehrwertes bei der Einzonung von Landwirtschaftsland. Die Kantone verzichten so auf Milliarden. Es ist an der Zeit, auf kommunaler Ebene aktiv zu werden. Schon zahlreiche Schweizer Gemeinden haben die Mehrwertabschöpfung auf kommunaler Ebene gestützt auf das Bundesgesetz eingeführt, rechtlich steht dem nichts im Weg. Weshalb soll der Mehrwert überhaupt abgeschöpft werden? Der Wertzuwachs bei einer Einzonung ist "unverdient", das heisst die Landbesitzer bekommen von der Allgemeinheit ein Geschenk und tragen nichts dazu bei. Die durch Einzonung erlangten Gewinnsteigerungen fördern die Spekulation und den Druck auf die Gemeinde, weiteres Land einzuzonen, nur noch zusätzlich. Die Landeigentümer profitieren mit hohen Erträgen, während der Gemeinde die Kosten für die Erschliessung und Infrastruktur bleiben: Strassen, Wasser und Abwasser, die Anschlussgebühren decken die tatsächlichen Kosten nicht und später dann Schulhäuser. Anteilsmässig auch Altersheime, Spitex, usw. Trotzdem verzichtet die öffentliche Hand auf eine Abgabe. Dabei wäre nach dem Bundesgericht eine Mehrwertabschöpfung von bis zu 60 Prozent mit der in der Verfassung verankerten Eigentumsgarantie durchaus vereinbar. Umso stossender erscheint, dass die Gemeinde umgekehrt allfällige Rückzonungen zu entschädigen hat. Neben Avenir-Suisse unterstützt auch der Bauernverband die Mehrwertabschöpfung, weil so der Einzonungs-Druck auf ihrem wertvollen Kulturland abnimmt. Die Erträge der Mehrwertabschöpfung könnten einer Spezialfinanzierung zugeführt werden. Aus dieser können raumplanerische Massnahmen finanziert werden, wie etwa die Erschliessung von neu einzontem Bauland oder auch für Rückzonungen. Dem Gemeinderat obliegt die faire Umsetzung, welche Rücksicht auf die Umstände nimmt, welche die Einzonung begleiten. Die Mehrwertabschöpfung wird kommen. Aktuell hat sich der Ständerat deutlich für die Einführung der Mehrwertabschöpfung ausgesprochen. Es wird jedoch noch lange dauern, bis der Bund die Kantone zur letzten Konsequenz gezwungen hat. Ein Abwarten der Gemeinde bis sich auch der Kanton darauf eingestellt hat, bedeutet verlorene Erträge. In der heutigen finanziellen Situation kann man gar nicht auf die Abschöpfung verzichten. Die vorgeschlagene Mehrwertabschöpfung kann auf kommunaler Ebene sehr schnell eingeführt werden, ist zukunftsweisend und verbessert die finanzielle Situation der Gemeinde. Weshalb wurde der Vorstoss als Motion eingereicht? Der Gemeinderat kann die Überweisung als Motion als klares Plebiszit für die Einführung der Mehrwertabschöpfung in der Gemeinde Kriens verstehen und sich unvermittelt an die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes machen. Aus diesen Gründen empfiehlt der Sprechende die Annahme als Motion.

Michael Günter, namens der SVP-Fraktion, ist gegen die Überweisung dieses Vorstosses, sowohl als Motion als auch als Postulat. Man muss zugestehen, dass der Vorstoss gut redigiert ist. Aber im Endeffekt soll wieder eine neue Steuer eingeführt werden, die nur die Grundeigentümer trifft. Schon jetzt werden die Kapitalgewinne aus Grundstücken besteuert, nämlich mit der Grundstückgewinnsteuer. Tatsächlich sieht das RPG die Abschöpfung von Mehrwerten vor. Das ist aber Aufgabe des Kantons und nicht der Gemeinde. Die Gemeinde wäre nur zuständig, wenn ihr der Kanton den Sachbereich zur Regelung überlassen würde. Davon kann hier nicht die Rede sein. Es braucht kein neues Reglement, die bisherigen Grundlagen reichen. Den bundesrechtlichen Gesetzgebungsauftrag zur Schaffung einer Mehrwertabgabe

haben seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes im Jahre 1980 erst zwei Kantone eingelöst; der Kanton Basel-Stadt und der Kanton Neuenburg. Einzelne Kantone, zum Beispiel Bern und Graubünden, erlauben ihren Gemeinden auf vertraglicher Ebene planungsbedingte Mehrwerte abzuschöpfen, was diese dann auch, vorallem im Kanton Bern, seit vielen Jahren tun. Da die schweizerische Rechtsprechung den Gemeinwesen einen grossen Spielraum für vertragliche Vereinbarungen gewährt, werden Mehrwerte auch von vielen Gemeinden in anderen Kantonen, ohne ausdrückliche kantonale Rechtsgrundlage, abgeschöpft. Dies jedoch nur punktuell für gewisse Einzelvorhaben im Rahmen kooperativer Planungen. Das Bundesgericht gewährt den Gemeinden einen relativ grossen Spielraum für vertragliche Vereinbarungen mit Privaten. So lässt die Rechtsprechung Verträge mit Privaten zu, wenn das Gesetz solche Handlungsspielräume ausdrücklich vorsieht, dafür Raum lässt oder sie nicht ausdrücklich ausschliesst. Die Verträge müssen im öffentlichen Interesse liegen, der Zielsetzung des Gesetzes entsprechen oder gar eine bessere Umsetzung des Gesetzes ermöglichen und dürfen den rechtlichen Vorschriften nicht widersprechen. Dieser breite rechtliche Rahmen führt dazu, dass die Vertragsraumordnung in der Schweiz vorab bei grossen Überbauungen erhebliche Bedeutung hat. Bei Nutzungsplanungen und erst recht bei Sondernutzungsplanungen verfügen die Gemeinden über ein grosses Ermessen. Dabei versuchen sie im Rahmen umfassender Interessenabwägungen und mit Blick auf die im Spiel stehenden Planungsmehrwerte von den Bauherren und Investoren vertragliche Zusicherungen für objektbezogene Sach- und Geldleistungen zu erhalten. Die öffentliche Hand kommt dabei den Bauherren und Investoren mittels baulicher und nutzungsmässiger Zugeständnisse innerhalb des rechtlichen Rahmens entgegen und verlangt dafür gewisse Gegenleistungen, die der Öffentlichkeit zu Gute kommen.

Nach Daniel Piazza befürwortet die JCVP/CVP-Fraktion die Stossrichtung des Vorstosses als Postulat, weil sie diesen als eine von mehreren Möglichkeiten sieht, Anreize zur beschränkten Zersiedelung in der Gemeinde zu setzen. Aber Hand auf's Herz: Wenn man den Kerngedanken des Anliegens anschaut, kommt es für die Gemeinde Kriens eigentlich zu spät. Grüne Flächen sind dünn gesät, es gibt nur noch ca. 30 Landwirte in der Gemeinde. Wenn man wandern geht und vom Blatterberg her ins Kriensertal runterschaut, sieht es aus, als würde sich vom Obernau her eine Asphalt- und Beton-Gletscherzunge hinunter ins Tal wälzen bis sie übergeht in die Stadt Luzern. Die Mehrwertabgabe muss im Vollzug durchdacht werden. Beispielsweise die Koordination mit der Grundstückgewinnsteuer, aber auch Fragen, inwieweit ein Fonds für raumplanerische Massnahmen, wie beispielsweise Auszonungen, vorgesehen werden soll. Aus Sicht der JCVP/CVP-Fraktion lohnt es sich, die Resultate der nationalen Debatte abzuwarten, und zu hoffen, dass nicht noch mehr Partikularinteressen das Anliegen durchlöchern. Deshalb ist die Fraktion für die Überweisung als Postulat und bittet den Gemeinderat, die Berichterstattung darüber wie geplant für den B+A Ortsplanungsrevision pendent zu halten.

Beat Tanner führt aus, dass die FDP-Fraktion die Überweisung des Vorstosses als Motion und als Postulat ablehnt. Der Kanton Luzern kennt die Mehrwertabschöpfung in Form der Grundstückgewinnsteuer. Die FDP-Fraktion möchte zum einen keine zusätzliche Steuer einführen und zum anderen keine kommunale Sonderregelung. Es soll abgewartet werden, was auf Bundesebene definitiv entschieden wird. Auf Bundesebene ist eine Mehrwertabschöpfung für die Entschädigung bei der Auszonung vorgesehen. Mit der Mehrwertabgabe von 20 % könnte nur ein Drittel der Auszonungen finanziert werden. So würden also keine Geldmittel in die Krienser Kasse fliessen. Die FDP-Fraktion befürwortet eine Sonderlösung für die Gemeinde Kriens nicht.

Die SP-Fraktion stimmt gemäss Judith Luthiger der Überweisung als Postulat zu. Sie ist auch der Meinung, dass man nicht auf kommunaler Ebene vordreschen sollte.

Laut Maurus Frey handelt es sich bei der Mehrwertabschöpfung nicht um eine Steuer. Eine Steuer bemisst sich nach einer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Ein Mehrwert, der nicht durch die Grundeigentümer verursacht wird, wird dabei abgeschöpft. Die Grundstückgewinnsteuer ist keine Alternative zur Mehrwertabschöpfung. Bei der Mehrwertabschöpfung geht es darum, dass eingezontes Land innert nützlicher Frist überbaut wird. Das Ziel sollte sein, dass man Land nicht auf Vorrat einzont. Man soll haushälterisch mit dem Boden umgehen. 70 % der Berner Gemeinden wenden die Mehrwertabschöpfung an. Michael Günter hat andere Möglichkeiten aufgeführt, mit welchen man Einfluss nehmen könnte. Es ist wichtig, dass ein Reglement erstellt wird, damit alle gleich behandelt werden. Dass man zu spät kommt, da ist der Sprechende mit der CVP/JCVP-Fraktion einig. Aber es gibt in Kriens durchaus noch ein paar Grünflächen. Alle sagen, man soll abwarten, bis der Bund etwas unternimmt. Das ist verlorene Zeit. In Kriens scheint man immer nur zu warten. Man könnte aber auch eine aktive Rolle einnehmen.

Martin Heiz weiss nicht, ob Maurus Frey das Strategiepapier gelesen hat. Man will kein weiteres Land einzonen. Er würde nicht sagen, wenn die Gemeinde Kriens noch riesige Landreserven hätte. Dies ist aber nicht der Fall. Er ist gegen die Überweisung des Vorstosses.

Matthias Senn ist der Meinung, dass der Vorstoss zum richtigen Zeitpunkt eingereicht wurde. Es gibt ein paar Umzonungen. Er findet es nicht gut, ein Reglement auf kommunaler Stufe zu erlassen, wenn der Kanton und der Bund nichts vorgeben. Er wäre froh, wenn er die Unterlagen, die Michael Günter im Rahmen seines Votums erwähnt hat, haben könnte.

#### **Abstimmung über die Überweisung der Motion Tschümperlin: Mehrwertabschöpfung in der Gemeinde Kriens (Nr. 309/12):**

Die Überweisung der Motion wird mit 26:7 Stimmen, bei 1 Enthaltungen, abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Bolzern, Caroline	nein
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Rätö	Enthaltung
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Koch, Patrick	nein

Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

Maurus Frey beantragt, über die Überweisung als Postulat abzustimmen.

**Abstimmung über die Überweisung der Motion Tschümperlin: Mehrwertabschöpfung in der Gemeinde Kriens (Nr. 309/12) als Postulat:**

Die Überweisung als Postulat wird mit 17:16 Stimmen, bei 1 Enthaltungen, abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bolzern, Caroline	nein
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	nein
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

## 11. Fragestunde

Die Fragestunde wurde aus Zeitgründen abtraktandiert.

## 12. Verabschiedungen

- Mitglieder des Einwohnerrates
- Gemeindepräsidentin Helene Meyer-Jenni

Johanna Dalla Bona darf heute 8 Einwohnerrätinnen bzw. Einwohnerräte verabschieden, welche zum letzten Mal in der Funktion ihres Amtes hier im Saal anwesend sind und ihnen ganz herzlich danken für ihre wertvolle Arbeit, welche sie zum Wohle der Krienser Bevölkerung geleistet haben. Drei von ihnen hätten gerne noch weiter gearbeitet, doch haben sie aufgrund von Umständen, die nichts mit ihrer Person zu tun haben, die Wiederwahl im Frühling nicht geschafft. Die Sprechende bedauert dies ausserordentlich, versteht die persönliche Enttäuschung, hofft aber auch, dass sich diese Personen dadurch nicht entmutigen lassen und der Politik weiterhin treu bleiben. Vielleicht ergibt sich zu einem späteren Zeitpunkt wieder die Gelegenheit, Parlamentsarbeit zu leisten.

Rita Berger hat am 1. Januar 2012 die Nachfolge von Beatrice Kiener in diesem Rat angetreten. Sie war Mitglied der Bürgerrechtskommission. Erst kurz im Parlament und bereits als "bisher" bei den Neuwahlen 2012 anzutreten, war eine schwierige Konstellation, nicht zuletzt auch, weil sich viele ehemalige Einwohnerräte mit einem grossen Bekanntheitsgrad wieder zu Wahl stellten. Das Positive an dieser Nichtwiederwahl ist, dass Rita Berger nun mehr Zeit für ihre neue berufliche grosse Herausforderung hat, welche ansteht. Dafür wünscht ihr die Sprechende im Namen des ganzen Rates alles Gute. Sie überreicht ihr ein kleines Präsent.

Rita Berger bedankt sich für das Präsent.

Nach Johanna Dalla Bona hat Caroline Bolzern am 1. Oktober 2011 die Nachfolge von Alexander Wili angetreten und war Mitglied der Umwelt- und Sicherheitskommission. Da die Krienser Bevölkerung mit ihrem Wahlverhalten ein Zeichen gesetzt hat, dass die Zeit reif ist für die jüngere Generation und auch für neue Parteien, konnte die Groupe Politique ihren Sitz nicht mehr halten. Darum hat auch Caroline Bolzern die Wiederwahl leider nicht mehr geschafft. Auch ihr überreicht die Sprechende ein kleines Dankeschön für die geleistete Arbeit und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Caroline Bolzern ist nicht enttäuscht, dass sie nicht mehr gewählt wurde. Jetzt hat sie mehr Zeit für sich und geht in "Pension".

Johanna Dalla Bona führt aus, dass auch Peter Wespi aufgrund der Sitzverluste der SVP die Wiederwahl nicht mehr geschafft hat. Peter Wespi ist im September 2011 auf Daniel Betschart gefolgt und war Mitglied der Bildungskommission. Johanna Dalla Bona bedauert dies sehr, dass er nicht mehr mit dabei ist, hat sie ihn doch als Parlamentarier erlebt, der sich nicht oft,

wenn aber, dann mit klaren und pointierten Voten äusserte. Er hat sich entschieden, auf ein Abschiedsgeschenk zu verzichten, dafür wird in seinem Namen die Hundesteuer für eine in bescheidenen Verhältnissen lebende Person aus der Gemeinde Kriens übernommen. Ein schöne Geste, danke und alles Gute für die Zukunft.

Peter Wespi ist nicht enttäuscht, dass er nicht mehr gewählt wurde, es ist ein demokratischer Entscheid. Er ist davon überzeugt, dass die SVP die beiden Sitze wieder zurück gewinnt, wenn das Volk merkt, wie es im Einwohnerrat zugeht. Er wird gerne in der Partei bleiben und arbeiten. Er hat noch eine Abrechnung für die Schulbesuche mitgebracht, dieses Geld soll ebenfalls einer bedürftige Person zugute kommen. Er wünscht den Ratsmitgliedern alles Gute.

Michael Otte war seit September 2011 im Rat, er hat damals die Nachfolge von Mauro Schilling angetreten. Johanna Dalla Bona bedauert, dass er sich entschieden hat, nicht mehr für den Einwohnerrat zu kandidieren. Sie hat ihn als interessiertes und aktives Mitglied in der Sozial- und Gesundheitskommission erlebt. Selbstverständlich respektiert sie natürlich seinen Entscheid und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Die Sprechende überreicht ihm im Namen von allen Krienser Checks.

Nach Johanna Dalla Bona hat sich Mirjam Kalt ebenfalls gegen eine erneute Kandidatur entschieden. Mirjam Kalt wurde im 2008 direkt in den Einwohnerrat gewählt und war Mitglied der Bürgerrechtskommission. Die Sprechende hat sie als sehr engagiertes Ratsmitglied erlebt, welchem die Integrationspolitik besonders am Herzen lag. Sie dankt ihr ganz herzlich für die Arbeit im Dienste der Gemeinde Kriens, wünsche ihr auf dem weiteren Wege alles Gute und überreicht ihr als Dankeschön Krienser Checks.

Für Mirjam Kalt waren die vier Jahre im Einwohnerrat ein guter "Lernblätz". Die Arbeit in der BRK hat sie besonders gerne gemacht. Auch die Arbeit in der Fraktion machte ihr Spass. Die Einwohnerratssitzungen dagegen waren nicht immer einfach. Sie wird im Januar für drei Jahre nach Kolumbien ziehen und bei einem Projekt mitarbeiten. Für die Zukunft wünscht sie dem Einwohnerrat gute Entscheidungen.

Mit dem Rücktritt von Monika Marbacher geht in diesem Rat sehr viel Wissen im Bildungs- aber auch Sozialbereich verloren, was Johanna Dalla Bona sehr bedauert. Als ehemaliges Schulpflegemitglied wurde Monika Marbacher 2008 in den Einwohnerrat gewählt und war die vergangenen 4 Jahre Präsidentin der Bildungskommission. Sie hat sich in ihrer Amtszeit aber nicht nur auf Bildungsfragen konzentriert, als Sozialarbeiterin und ehemalige Pflegefachfrau liegt ihr auch das Soziale und die Gesundheit am Herzen und sie hat mit Vorstössen immer wieder sehr gute Anregungen eingebracht. Die Sprechende dankt Monika Marbacher, im Namen von allen, für die grosse und engagierte Arbeit und wünscht ihr auf dem weiteren Weg, beruflich und privat, alles Gute. Auch ihr überreicht sie Krienser Checks.

Monika Marbacher kam vor vier Jahren in den Einwohnerrat und war die Präsidentin der Bildungskommission. Diese Arbeit machte sie sehr gerne. Vielfach sind breit abgestützte Entscheide gefällt worden. Sie denkt, dass in dieser Legislatur gute Arbeit im Bereich der Bildung geleistet wurde.

Johanna Dalla Bona führt aus, dass sich Simon Konrad ebenfalls dafür entschieden hat, nicht mehr zu kandidieren. Während seiner 7 ½-jährigen Amtszeit war Simon Konrad zuerst kurz in der Bürgerrechtskommission, anschliessend in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Diese hat er von 2008 - 2012 auch präsiert. Neben dem Schwerpunkt Finanzen hat sein Herz vor allem für ein attraktives Zentrum von Kriens geschlagen, aber auch die Bildung war für ihn immer wieder ein Thema. Die Sprechende hat ihn als Parlamentarier mit sachlichen und fundierten Voten erlebt, immer fair und nie unter der Gürtellinie. Sie bedauert es ausserordentlich, dass er sich nicht mehr zur Wahl gestellt hat, da geht sehr viel Know-how und eine grosse Erfahrung verloren. Selbstverständlich respektiert sie aber seinen Entscheid. Sie übergibt ihm zwei Flaschen Wein.

Simon Konrad ist heute Morgen das Protokoll seiner ersten Sitzung wieder in die Hand gekommen. Damals wurde er mit 28:0 Stimmen in die BRK gewählt. Er weiss nicht, ob er dieses Resultat heute wieder erreichen könnte. Er dankt Helene Meyer-Jenni für das Engagement, mit welchem sie sich für die Gemeinde eingesetzt hat. Auch Johanna Dalla Bona dankt er, sie ist eine sehr geschätzte Kollegin. Wenn er in die Zukunft schaut, hofft er auf eine möglichst gute Entwicklung im Zentrum.

Zuletzt verabschiedet Johanna Dalla Bona Judith Luthiger. Sie ist heute in ihrer Funktion als Einwohnerrätin das letzte Mal mit dabei, wechselt aber ab dem 1. September auf die Seite des Gemeinderates und wird demnach weiterhin in diesem Saal politisieren. Die Sprechende gratuliert ihr nochmals ganz herzlich zur Wahl in die Exekutive. Judith Luthiger wurde 2004 direkt in den Einwohnerrat gewählt und hat als langjähriges Mitglied den Rat stark mitgeprägt. Von 2004 - 2008 war sie Mitglied der Verwaltungs- und Bildungskommission und von 2008 bis 2012 Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Zudem war sie seit 2006 Fraktionschefin und hat von 2008 - 2011 auch in der Geschäftsleitung des Einwohnerrates mitgearbeitet. Alle haben sie als sehr engagierte Person mit einem fundierten Wissen erlebt. Dass sie zudem auch noch äusserst belastbar ist, hat sich gezeigt, als sie nebst dem grossen Engagement im Rat auch noch für zwei Jahre das Präsidium der SP Kriens übernommen hat, gerade in einer Zeit, als Nicole Nyffeler aus gesundheitlichen Gründen längere Zeit ausgefallen ist und sie deshalb zusätzlich Einsitz in der Sozial- und Gesundheitskommission genommen hat. Judith Luthiger hat sich zum Abschied einen Gutschein der Glasi Hergiswil gewünscht. Johanna Dalla Bona wünscht ihr im neuen Amt gutes Gelingen.

Judith Luthiger bedankt sich. Sie hofft, dass man in der nächsten Legislatur mit frischem Wind und verjüngt starten kann. Dass man konsensfreudig ist, aber trotzdem gute Diskussionen über viele Probleme, die anstehen, führen kann. Sie freut sich auf den Richtungswechsel in den Gemeinderat. Sie ist sich bewusst, dass es kein einfacher Weg wird.

"Die politische Tätigkeit fasziniert mich tagtäglich, nun ist es Zeit für eine neue Herausforderung". So hat die Gemeindepräsidentin, Helene Meyer-Jenni, ihren Entscheid, bei den Neuwahlen 2012 nicht mehr zu kandidieren, kommentiert. Nach Johanna Dalla Bona hat sich Helene Meyer-Jenni vor ihrer Exekutivtätigkeit 4 Jahre als Einwohnerrätin engagiert, bevor sie im Jahr 2000 in den Krienser Gemeinderat gewählt wurde und als Nachfolgerin von Verena Funk das Umwelt- und Sicherheitsdepartement übernahm. Vier Jahre später bei den Neuwahlen erlebte Kriens eine doppelte Premiere: Mit der Wahl von Helene Meyer-Jenni zur Gemein-

depräsidentin, hat nicht nur erstmals eine Vertretung der SP die Führung der Gemeinde Kriens übernommen, sondern auch erstmals eine Frau. Mit dieser Wahl ins Präsidium wechselte sie gleichzeitig auch das Departement, seit September 2004 ist sie die Schulvorsteherin. Während ihrer Amtszeit hat sie einige grosse Projekte begleitet, wie die Neuorganisation der Volksschule, den Ausbau der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung oder die Sanierung der Pensionskasse Kriens. Die Bildung lag ihr als Schulvorsteherin natürlich besonders am Herzen, sie hat sich aber in allen Bereichen immer stark eingebracht, fundiert und sachlich, aber auch bestimmt und manchmal hartnäckig, immer aber fair und mit Respekt. Wenn Helene Meyer-Jenni ein Ziel vor Augen hatte, dann wollte sie dieses auch erreichen, dafür hat sie gekämpft und manchmal auch gelitten und das nicht nur in der Politik, die Sprechende konnte das auch beim Sport beobachten. Gekämpft hat sie auch als Mitglied der Projektgruppe Starke Stadtregion für ein engeres Miteinander, die regionale Zusammenarbeit war für sie seit Beginn ihrer politischen Arbeit immer ein grosses Anliegen gewesen. Die Ablehnung weiterer Fusionsabklärungen durch die Krienser Bevölkerung war eine sehr grosse Enttäuschung in ihrer Amtszeit. Helene Meyer-Jenni hat diesen demokratischen Entscheid aber mit Grösse mitgetragen und akzeptiert. Alle haben Helene Meyer-Jenni als offene und interessierte Persönlichkeit erlebt, die sich mit Herzblut und Leidenschaft für die Gemeinde Kriens engagiert hat. Wie gross ihre Verbundenheit mit der Krienser Bevölkerung war, hat Johanna Dalla Bona vor allem im vergangenen Jahr an verschiedensten Anlässen gespürt. Mit grosser Herzlichkeit wurde sie jeweils begrüsst und die Würdigungen zu ihrem Abschied haben gezeigt, dass man sie ungern gehen lässt. Der Einwohnerrat bedauert den Entscheid natürlich auch, respektiert ihn aber selbstverständlich und wünscht ihr bei der neuen beruflichen Herausforderung gutes Gelingen und viel Erfolg. Die Sprechende dankt Helene Meyer-Jenni im Namen des Einwohnerrates herzlich für die grosse und wertvolle Arbeit für die Gemeinde Kriens und die äusserst angenehme Zusammenarbeit. Als Zeichen der Wertschätzung überreicht Johanna Dalla Bona ihr ein Präsent. Zuerst dachte sie sich, sie könnte Helene Meyer-Jenni an den Berliner oder sogar an den New Yorker Marathon einladen. Da sie zurzeit aber beide einen ziemlichen Trainingsrückstand aufweisen und dieses Projekt auch sonst einmal angehen können, hat sie sich etwas anderes überlegt: Eine Verbindung von Kultur und Entspannung. Am 1. Juli öffnet das von Mario Botta entworfene Mineralbad auf der Rigi seine Tore. Dort kann sie dieses Kunstwerk bestaunen und sich gleichzeitig etwas verwöhnen lassen.

Besondere Tage, der Abschluss von Phasen regen an, einen Moment anzuhalten im Fluss und der Hektik der Arbeit, zurückzublicken, zu verweilen und dann weiter zu gehen in eine "neue Zeit". Heute ist für Helene Meyer-Jenni ein solcher Tag. Es ist ein besonderer Blick zurück auf das Bild vor 16 Jahren: Zusammen mit Cyrill Wiget, Matthias Senn, Toni Bründler und Martin Heiz ist sie hier in diesem Saal mit Ehrfurcht "eingezogen". Der Einwohnerrat ist damals noch seitenverkehrt gesessen und sie glaubte, dass sie es wohl kaum wagen würde, sich in die Diskussionen einzumischen. Im Jahr 2000 gab es den Seitenwechsel in den Gemeinderat. Ein Gemeinderat, der aus 2 x CVP und 2 x FDP oder 2 x Peter und 2 x Bruno bestand. Als SP-Frau hat sie sich nicht nur am Anfang ab und zu als "Greenhorn" gefühlt. Es war ein Sprung in das kalte Wasser oder besser: ein Sprung und ein Eintauchen in für die Sprechende ganz neue Themen, wie die Einführung von regionalen Kehrichtgebühren, den Aufbau eines Ökihofes und der wichtigen Frage, ob ein solcher Ort überhaupt eine Chance hat und überhaupt einen solchen Namen tragen darf. Mit Freude und grossem Respekt ist sie dann 2004 nochmals in das kalte Wasser gesprungen. Oder eben in das Präsidium. Der Themensprung Bildung, Kultur, Personal und Pensionskasse hat sie zwar äusserst gefordert, aber ebenso befriedigt. Sie hat damit ihren Blick für und mit Kriens noch mehr in den Kontext von Region und

Kanton gestellt. Die Arbeit als Gemeinderätin ist und war die beste Weiterbildung, die man sich vorstellen kann. Sie hat sehr viel gelernt. Gemeinderats-Arbeit ist und war für sie:

- ein Ringen um verträgliche Lösungen im Spannungsfeld zwischen hohen individuellen Erwartungen, persönlichen Beziehungen, Verständnis für individuelle Ansprüche, öffentlichem Interesse und Geld
- "Machbarkeit" als grosse Frage
- streiten, diskutieren, umsetzen, in Arbeitsprozessen stehen
- zusammenraufen, gemeinsamer Wille entwickeln

Neben den Sachfragen und Erfolgen waren es ganz besonders die Beziehungen, die sie geprägt, erfüllt und getragen haben. Sei dies das Kennenlernen der äthiopischen Flüchtlingsfamilie der Marathon-Läuferin Addis, dem Kennenlernen von engagierten Kulturschaffenden, Sportlerinnen und Sportler, Lehrpersonen, Jugendlichen, Kindern und alten Menschen. Während ihrer Amtsdauer konnte sie auch 4 Bundesräte in Kriens begrüßen: Moritz Leuenberger, Christoph Blocher, Micheline Calmy-Rey und genau vor einem Jahr Doris Leuthardt. Die wichtigsten Bezüge, ihr intensivster Austausch, die Beziehungen, die sie durch alles getragen haben, sind die zu ihren Kindern, Simone und Lukas und ihrem Mann, Peter. Sie dankt ihnen von Herzen.

Jetzt ist sie letztmals hier im Einwohnerrats-Saal. Sie ist meistens mit grosser Motivation und Diskussionslust, vielleicht auch politischer Streitlust hier gewesen. Sie ist nicht ruhiger geworden; im Gegenteil, manchmal sogar emotionaler. Nun ist es Zeit für den Ausblick. Es ist gut, dass die Wahlen vorbei sind, die Analysen gemacht sind, vieles geplant und entschieden wurde. Jetzt kann umgesetzt und entschieden werden. Kriens braucht jetzt den "politischen Schulterschluss" und den Realisierungswillen. Und vor allem viel Mut um Risiken einzugehen, sich Chancen freizulegen, Kraft und dass man sich über Teil-Erfolge freuen kann. Das grösste Anliegen von Helene Meyer-Jenni ist, dass die Krienser Politik in der nächsten Legislatur durch das Politisieren für die Sache, lustvoll und mit grossem Respekt und Wohlwollen für die Menschen in Kriens, in der Stadtregion, in der Welt geprägt ist. In diesem Sinne: Danke und Adieu!

### **13. Abschiedsrede und Verabschiedung der abtretenden Einwohnerratspräsidentin Johanna Dalla Bona**

Helene Meyer-Jenni ist es eine Ehre, die Verdankung und Würdigung im Namen des Gemeinderates vornehmen zu können. Das Amtsjahr von Johanna Dalla Bona zeichnet sich durch die sorgfältige Vorbereitung, die äusserst präzise Durchführung der Sitzungen und das Einfordern der Regeln aus. Johanna Dalla Bona hat mit straffer, sicherer Hand, Taktstock und bewusst gewählten Worten die Behandlungen der Ratsgeschäfte geleitet. Mit ihrer hohen Präsenz und zugleich auch Ruhe hat sie die Atmosphäre geprägt, eine nicht ganz einfache Aufgabe, wenn man sich vor Augen hält, dass es ein Wahljahr war. Die Präsidentin hat es aber auch verstanden, den Rat zu den Menschen zu tragen: An unzähligen Veranstaltungen, bei verschiedensten Organisationen hat sie sich ebenso sorgfältig in die jeweiligen Themen eingelesen und eingedacht und so der Arbeit und den Aufgaben der Veranstaltenden Wertschätzung entgegengebracht. Es zeichnet Johanna Dalla Bona aus, dass sie ihre Grussworte immer situationsbezogen und auf das jeweilige Zielpublikum gut verständlich und explizit ausgerichtet hat. Sie hat es verstanden, die Anliegen der Leute aufzunehmen, aber

auch die Rolle der Politik und die Funktion des Einwohnerrates zu den Menschen zu bringen und gegenseitig Verständnis zu schaffen. Dass dabei ihr Auftritt anlässlich der Inthronisation der Galli-Zunft im Ranking der zahlreichen Produktionen dieses Abends an vorderster Stelle aufscheint, inoffiziell selbstverständlich, verdeutlicht aber, dass sie diese Aufgaben – so gerade gestern Abend auch bei den Jungbürgerinnen und Jungbürger – mit viel Geschick, einer persönlichen Natürlichkeit und einer Prise Humor bestens bewältigt hat. Ein schöner Tag im Präsidiatjahr von Johanna Dalla Bona ist ganz sicher der Einwohnerratsausflug gewesen. Sie hat dem Rat "ihren" Kanton Aargau tatsächlich näher gebracht, sie hat Einblicke gegeben, nicht nur in interessante Institutionen und Betriebe, welche zu Diskussionen geführt haben, sondern auch ein Stück weit in ihre Jugend- und Familiengeschichte. Und dass sie auch noch alle eingeladen hat, wie man heute erfahren hat, ist sehr, sehr grosszügig. Dafür gehört ihr nochmals ein grosses Dankeschön! An dieser Stelle auch herzlichen Dank an ihren Mann, Diego und an ihre Familie für die Unterstützung.

Nun hält Johanna Dalla Bona auch Wort: Die für sie wichtige Jugendförderung, die sie sich auf die Fahne geschrieben hat, wird Realität mit der Tatsache, dass sie nicht nur ihr Präsidium, sondern auch ihre Einwohnerratstätigkeit abschliessen wird und damit "Jüngeren" Platz macht. Dass es sich dabei gleich um ihre Tochter Mara handelt, welche als jüngste Einwohnerrätin starten wird, ist doch eigentlich viel mehr als eine schöne Zufälligkeit! Es bleibt ein kleiner Wehrmutstropfen. Johanna Dalla Bona hat sich sehr viel vorgenommen, Ziele gesetzt und viele auch erreicht. Eines leider nicht und dafür ist die Sprechende vielleicht sogar etwas mitschuldig. Sie hat in diesem Jahr den Frauenlauf in Bern leider nicht laufen können. Es ist aber gut so. Es gibt Momente, da ist es wohl sinnvoller auf den eigenen Körper, die eigene Gesundheit zu achten. Tröstlich dabei ist, dass solche Gelegenheiten und Chancen wieder kommen. Der Lucerne Marathon und der Frauenlauf 2013 stehen bereits vor der Tür. Etwas mehr Zeit für das Training kommt hoffentlich. Helene Meyer-Jenni dankt Johanna Dalla Bona ganz herzlich, nicht nur im Namen des Gemeinderates, für ihr grosses Engagement, ihre persönliche Handschrift, ihre sorgfältige Amtsführung und den Austausch mit der Bevölkerung. Man freut sich mit ihr, dass sie im Herbst die politische Karriere weiterführen wird und als Kantonsrätin bestimmt ebenso engagiert und mit Kriens im Kopf und im Herzen und zugleich mit Blick in den ganzen Kanton amten wird.

Nach Martin Heini ist Johanna Dalla Bona kommunal auf der höchsten politischen Ebene. Es ist wie der Sprung vom 5 Meter Turm in der neuen Badi. Sie gibt nicht nur das Ratspräsidium weiter, sondern verlässt zugleich den Einwohnerrat. Der Sprechende hofft, dass genügend Wasser für eine weiche Landung vorhanden ist. Seit September 2005 ist Johanna Dalla Bona im Einwohnerrat, als Nachfolgerin von Susy Luginbühl. Von 2005 – 2006 war sie ein Mitglied der FGK, von 2005 bis heute war sie Mitglied der SGK. Man hat sie als kompetente, sachlich orientierte, oft auch hartnäckige Frau kennen und schätzen gelernt. Sie ist das soziale Gewissen der Liberalen mit Weitblick. Sie war sehr belastbar, hatte sie nicht nur eine Suppe am Köcheln. 2010 – 2011 war sie ebenfalls Mitglied im Kantonsrat. Von Anfang an war Johanna Dalla Bona bereit, dieses Ehrenamt auszuüben und die Mehrbelastung zu tragen, es brauchte keine grosse Überzeugungskraft. 2011 freute sie sich darauf, als 5. Frau das Präsidium zu übernehmen. In ihrem Amtsjahr als Präsidentin war sie immer auf Effizienz und Kürze bedacht. Man war immer gut beraten, es schien, als ob sie die Reglemente auswendig gelernt hätte. Sie war umsichtig und darauf bedacht, dass andere auch leben können, war aber auch immer zum Lachen und Witzeln aufgelegt. Nicht zu vergessen ist auch die Zeit für einen gemeinsamen Kaffee nach den frühen Sitzungen. Der Sprechende dankt Johanna Dalla Bona für den tollen Ausflug. Man hat gesehen, dass der Kanton Aargau mehr als nur Karotten zu bieten hat. Er wünscht ihr gutes Gelingen, Erholung und Kraft für das Neue, das sie anpacken wird.

Alle wissen, dass sie im Herbst sehr gerne wieder in den Kantonsrat zurückkehren wird. Sie soll an die schöne Zeit zurückdenken, das Leben geniessen, zurücklehnen und wissend lächeln, wenn ihre Tochter nach den Ratssitzungen etwas aufgewühlt oder gestresst nach Hause kommt.

Am 1. September des letzten Jahres wurde Johanna Dalla Bona von ihren Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrates zur höchsten Krienserin gewählt. Dadurch wurde ihr ein wunderbares und sehr interessantes Jahr ermöglicht. Dafür ist sie allen zu grossem Dank verpflichtet. Vielleicht können sich noch einige erinnern, dass sie bei ihrer Antrittsrede Parallelen zwischen der Musik und der Politik gezogen und das Parlament mit einem Orchester verglichen hat. Heute kann sie sagen, dass es schön war, die Dirigentin dieses Orchesters gewesen zu sein. Meist folgte man ihrem Taktstock und musikalisch wurden auch die Töne richtig getroffen. Sie bedauert es, dass es im vergangenen Jahr einige Wechsel bei den Mitgliedern dieses Orchesters gab. Sie hat 5 Parlamentarierinnen bzw. Parlamentarier verabschiedet und ihnen für die geleisteten Dienste gedankt. Während der gesamten Legislatur 2008 - 2012 sind es somit 15 Personen, welche unter der Zeit ihren Austritt gegeben haben. Dabei geht jeweils sehr viel Know-how verloren und Nachrückende müssen wieder eingearbeitet werden. Die Sprechende wünscht sich, dass in den kommenden vier Jahren die Zusammensetzung des Parlamentes möglichst konstant bleibt. Nebst der Leitung der Rats- sowie Geschäftsleitungssitzungen durfte sie als Repräsentantin der Gemeinde an den verschiedensten Anlässen teilnehmen. Der Besuch von rund 60 Veranstaltungen hat ihr eindrücklich vor Augen geführt, dass Kriens eine sehr lebendige Gemeinde ist. Sie durfte erleben, wie viele Menschen freiwillig, uneigennützig und mit viel Freude und Einsatz ihre Freizeit für die Gesellschaft zur Verfügung stellen. Sie hat aber auch erfahren, dass es immer schwieriger wird, Leute für Vereins- und Vorstandsarbeiten zu motivieren, an einigen GV's konnte der Vorstand mangels Vakanzen nicht einmal vollständig gewählt werden. Aus der gleichen Problematik wurden im vergangenen Jahr gar Vereine aufgelöst. Das ist sehr schade, trägt doch die Vielfalt der Vereine sehr zur Attraktivität von Kriens bei und deshalb verdienen die Vereine in der Gemeinde Kriens auch von der Politik her grösste Wertschätzung und Unterstützung. Bei ihrer Wahl vor einem Jahr hat ihr die Gemeindepräsidentin für ihr Amt gute Erfahrungen, viel Geduld und Energie sowie eine Prise Humor gewünscht. Johanna Dalla Bona hat sehr gute und sehr schöne Erfahrungen machen dürfen, wenn sie beispielsweise an die grosse Wertschätzung denkt, die ihr an den verschiedensten Veranstaltungen entgegengebracht wurde. Geduld hat sie persönlich keine gebraucht, vielleicht aber der Krienser Samichlaus, welcher immer wieder auf sie warten musste, weil sie sich zu lange mit den Bewohnerinnen und Bewohner der Heime Kriens unterhalten hat. Energie haben vor allem die Aktiven der Woche "Kriens bewegt" benötigt, sie war lediglich als Zuschauerin mit dabei. Dass die Prise Humor dazu geführt hat, dass sie bei der Inthronisation des Gallipaars einige Lacher verbuchen konnte, freut sie noch heute und auch, dass sie im vergangenen Jahr an einigen doch denkwürdigen Momenten mit dabei sein durfte. Sie denkt beispielsweise an die Jubiläumsgeneralversammlung 100 Jahre Harmoniemusik Kriens oder die Fahnenweihe der Gallizunft Kriens mit der Verabschiedung des langjährigen Fahnenträgers Hans Ochsenbein. Beides wunderbare und auch berührende Anlässe, an die sie sich immer noch sehr gerne zurückerinnert. Zwei Dinge hat sie in diesem Jahr erreicht, von denen sie zu behaupten wagt, dass dies keinem ihrer Vorgänger gelungen ist und es auch ihre Nachfolger kaum schaffen werden: Sämtliche Einwohnerräte der SP und Grünen mit Krawatte und das Zugeständnis eines Vertreters der Grünen, dass es ohne Kernenergie nicht geht. Zum Schluss bedankt sich die Sprechende beim Gemeinderat für das kooperative Miteinander aber auch das schöne gesellige Zusammensein an den verschiedensten Anlässen, bei ihrem Vizepräsidenten, Martin Heini, für die Vertretung an Veranstaltungen, beim Einwohnerrat für die angenehme Zusammenarbeit und die vielen Zeichen der Wertschätzung ihres Engagements,

dem Gemeindeschreiber, Guido Solari, für seine grosse Unterstützung, den Protokollführerinnen und den verantwortlichen Personen der Verwaltung für ihre gute Arbeit und Dienstleistungen, dem Gemeindeweibel, Bruno Arnet, für seine ausserordentliche Hilfsbereitschaft und dem Vertreter der Presse, Luca Wolf, für seine guten Berichterstattungen. Ganz besonders dankt sie ihrer Familie. Es war wunderbar, wie diese die Sprechende in diesem Jahr begleitet und unterstützt hat. Dem nachfolgenden Präsidenten wünscht sie für seine Tätigkeit alles Gute.

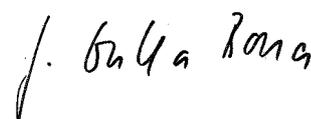
## Schluss

Schluss der Sitzung: 17:40 Uhr.

\*\*\*\*\*

## Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsidentin:



Johanna Dalla Bona

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerinnen:



Petra Burkhart



Yvonne Rösli